

Der Reidenmeister

Geschichtsblätter für Lüdenscheid Stadt und Land

Herausgegeben vom Lüdenscheider Geschichtsverein e. V.

Nr. 30

25. Juni 1964

Dr. Günther Deitenbeck:

Das politische Leben in Lüdenscheid 1871-1890*

Nationale Begeisterung

Der Sieg über Frankreich und die Gründung des Deutschen Reiches weckten auch in den Lüdenscheidern neben dem Stolz auf das Erreichte die hoffnungsvolle Zuversicht, daß damit eine Wende auf allen Gebieten des staatlichen Lebens eintreten würde.^{1a)} Je nach der wirtschaftlichen und politischen Einstellung des einzelnen waren die Erwartungen sehr verschieden und damit ebenfalls die Gestalt, die ihre Erfüllung annehmen sollte. Adelige und Großgrundbesitzer, die im Osten der Monarchie die Kerntruppe der Konservativen bildeten, gab es in Lüdenscheid nicht. Aber eine Reihe der führenden Industriellen um Kommerzienrat W. Turck neigten zu konservativen Gedankengängen, obwohl sie als Männer der Wirtschaft liberalen Ideen und auch den nationalen Wünschen der Liberalen nicht fernstanden. Wichtiger war für sie aber die Verehrung des angestammten Herrscherhauses und der Gehorsam gegenüber der Obrigkeit. Noch im Jahre 1891 schrieb Julius Turck sen. im Rückblick auf 1848, „daß zur Erzielung einer gesunden individuellen Freiheit die Autorität unseres erhabenen Königshauses der Hohenzollern unter allen Umständen wiederhergestellt werden müsse!“^{1b)} Bismarck war ihnen seit 1866 in seinem Bündnis mit den Liberalen etwas unheimlich geworden, aber er war der Diener seines Königs und Kaisers — das war deutlich zu sehen —, und was forderten sie mehr? Dagegen vertraten besonders die jüngeren Fabrikanten und die freiberuflichen Akademiker entschieden liberale Gedankengänge. Alle aber dachten über die Reichsgründung wie der Historiker Heinrich v. Sybel, der kurz nach der Kaiserproklamation schrieb: „Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient, so große und mächtige Dinge erleben zu dürfen? Und wie wird man nachher leben? Was zwanzig Jahre der Inhalt alles Wünschens und Strebens gewesen ist, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt!“²⁾ Alle nationalen Ziele waren erreicht. Ein neues, großes Kapitel deutscher Geschichte konnte beginnen. „Auf dem Schlachtfelde von Königgrätz wurde der große Sieg Preußens, oder sagen wir lieber, Deutschlands, oder auch der gesamten liberalen Partei errungen . . .“ (LW 21. 12. 72). Man war überzeugt, daß Bismarck sich im Jahre 1866 zum Liberalen geläutert hatte, und glaubte „hundertfältige Beweise von der wahrhaftigen Liberalität des Bismarckschen Regimentes“ zu haben (LW 10. 7. 78). Nicht die Liberalen waren Bismarck, sondern Bismarck war ihnen 1867 in der Frage der Indemnität entgegengekommen³⁾. Was an wirtschaftlicher und politischer Ausge-

staltung des neuen Reiches noch zu wünschen übrig blieb, würde Bismarck sicherlich mit ihnen und in ihrem Geiste durchführen. Wer hiervon überzeugt war, konnte allerdings die Kreise der Fortschrittspartei nicht mehr verstehen, die „in einem feindseligen Mißtrauen gegen den Staatsmann verharren konnten, der ihre kühnsten Hoffnungen verwirklicht hat“ (LW 19. 8. 76). An dieser politischen Euphorie hatten in geringerem Maße auch die Arbeiter Anteil. Ihr „patriotisch-biederer Sinn“⁴⁾ ließ sie im stillen erwarten, daß das größere Vaterland und der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung auch ihnen zugute kommen und ihre Lage verbessern würde. Und tatsächlich nahmen bis 1873 „Handel und Gewerbe einen im allgemeinen bis dahin nicht gekannten Aufschwung . . .“⁵⁾.

Der Kaiser

Symbol der erreichten Größe, der Hoffnungen und Wünsche war der alte Kaiser, dessen Schlichtheit und religiöse Demut die Herzen aller gewonnen hatte. Jahr für Jahr zeigte sich dies in den Feiern zu seinem Geburtstag, die zwar jede Unterstützung der Behörde erhielten, aber auch in spontaner Herzlichkeit von allen Kreisen der Bevölkerung getragen wurden. Versammlungen und Fackelzüge fanden statt, und die Straßen waren mit schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückt. Was schadete es da, wenn hier und da die Farben in umgekehrter Reihenfolge an den Fahnenstock genagelt waren?⁶⁾ „Solange das Haus Hohenzollern besteht“, schrieb das Lüdenscheider Wochenblatt zum Geburtstags des Kaisers 1875⁷⁾, „ist die Anhänglichkeit keine größere gewesen, und hat das Beispiel vom Thron herab einen nachhaltigeren Einfluß auf den Volksgeist ausgeübt. Vaterlandsliebe und Heldensinn, Treue und Gewissenhaftigkeit, Hingabe an das allgemeine Wohl und ungeheuchelte Frömmigkeit haben zu keiner Zeit so das ganze Volk beseelt . . . Und möge gerade hierin der Kaiser an seinem heutigen Geburtstage seine höchste Befriedigung finden.“ Besonders umfangreich waren die Feiern zum 90. Geburtstag des Kaisers am 22. März 1887. Unter dem Pseudonym „X“ brachte das Lüdenscheider Wochenblatt ein Gedicht⁸⁾, in dem es hieß:

„Ruh' und ungetrübter Frieden,
Der Gesittung höchste Zier,
Sei Dir Heldengreis beschieden
In der Zukunft für und für!
Wandellose Lieb' und Treue
In der Gegenwart Gefahr
Schwören wir Dir heut' aufs neue
Als Tribut zum Jubeljahr!“

Das Denkmal

Der Gedanke lag nahe, der Erinnerung an die Gründung des Deutschen Reiches sichtbar Gestalt zu geben und ein Denkmal aus freiwilligen Spenden zu errichten. Vorwiegend aus Beiträgen von 2½ bis 5 Silbergroschen kamen 800—1000 Taler zusammen, mit denen ein Drittel der Gesamtkosten von ca. 3000 Talern⁹⁾ gedeckt werden konnte. Zum Denkmalsauschuß gehörten Vertreter der gemäßigt liberalen, konservativen Richtung wie Kommerzienrat W. Turck, Ph. Schwarzhaupt und Herm. Ritzel und entschieden Liberale wie Rich. Gerhards und Aug. Noelle¹⁰⁾. Man holte verschiedene Entwürfe ein, für die man im Falle des Kölner Bildhauers Schmitz dann nicht einmal das Honorar zahlen wollte, und einigte sich dann schließlich auf die Gestalt der Victoria von der Siegessäule in Berlin, deren entsprechend verkleinerte Anfertigung der Schöpfer des Berliner Denkmals, Professor Dr. Drake in Berlin, in Auftrag nahm. So kam es zu dem in Deutschland wohl einmaligen Fall, daß das Lüdenscheider Siegesdenkmal im Loher Wäldchen jahrzehntelang dieselbe Gestalt gezeigt hat, wie sie

* In dem 1956 erschienenen Werk über das Zeitalter Bismarcks von Walter Bußmann, Professor an der Freien Universität Berlin, heißt es (S. 153), daß „die Innenpolitik zwischen 1870 und 1890 längst nicht so aus den Quellen heraus erforscht und dargestellt worden ist wie die Außenpolitik des gleichen Zeitraums“. Dieser Satz gilt in noch weit höherem Maße für die Erforschung des politischen Lebens dieser Epoche in seiner ganzen Breite und Mannigfaltigkeit. Dieser Aufsatz soll sich für die Stadt Lüdenscheid in dem Zeitraum von 1871 bis 1890 mit dieser Frage befassen. Als Grundlage dienen in erster Linie die Lokalzeitungen, die dem aufmerksamen Leser eine Fülle politischer Äußerungen bieten. Es handelt sich um das „Lüdenscheider Wochenblatt“ und die „Lüdenscheider Zeitung“. Während das Lüdenscheider Wochenblatt nach 1871 zuerst eine gemäßigt liberale Haltung einnimmt, dann aber radikaler wird und die linksliberalen Fortschrittler unterstützt, geht die Lüdenscheider Zeitung den umgekehrten Weg. Sie ist zuerst in ihrer Liberalität wesentlich entschiedener als das Lüdenscheider Wochenblatt, bewegt sich aber dann zur politischen Mitte hin und wird schließlich eine Zeitung, die einen ausgesprochenen Obrigkeitsstandpunkt vertritt. Daneben gab es Ende der 80er Jahre die „Reform“, ein sehr weit links stehendes, liberales Blatt. Leider scheint sie in keinem Exemplar erhalten zu sein.

^{1a)} vgl. Lütge, S. 444.

^{1b)} Festschrift P. C. Turck, S. 16.

²⁾ zitiert bei Mommsen, Bismarck, S. 165.

³⁾ LW 15. 5. 1875.

⁴⁾ Verw.-Bericht 1874—80, S. 4.

⁵⁾ LW 24. 3. 1885.

⁶⁾ LW 20. 3. 1875.

⁷⁾ LW 22. 3. 1887.

⁸⁾ LZ 12. 8. 1874.

⁹⁾ StA Lüd. 5400.

die Siegestsäule in Berlin heute noch zeigt¹⁰⁾. Am 1. September 1874, am Vorabend des Sedantages, wurde das Denkmal unter großer Anteilnahme der Bevölkerung eingeweiht¹¹⁾. Schon vorher hatte die Lüdenscheider Zeitung geschrieben: „Möge dieses . . . prächtvolle Denkmal als ein Heiligtum betrachtet und vor Roheiten und Verletzungen bewahrt werden. Die Beaufsichtigung ist eine heilige Pflicht der gesamten Bürgerschaft“¹²⁾.

Im Jahr 1946 wurde das Denkmal auf Beschluß der von der englischen Militärregierung ernannten Stadtvertretung beseitigt und die Anlage in einen Kinderspielplatz umgestaltet¹³⁾.

Die Sedanfeier

Der 2. September als Tag der Kapitulation Sedans wurde als nationaler Gedenktag zum ersten Mal im Jahre 1872 gefeiert, nachdem das Presbyterium der evangelischen Kirchengemeinde beschlossen hatte, „am 2. September eine kirchliche Erinnerungsfeier zu veranstalten“ (LW 21. 8. 72). Seit dieser Zeit fand dann bis zum Ersten Weltkrieg jährlich die Sedanfeier vorwiegend unter Beteiligung der Schulen statt. Es war kein gesetzlicher, von den Behörden angeordneter Feiertag. Der Staat hielt sich in dieser Hinsicht sehr zurück. Die Organisation übernahmen Kirchen und Schulen, die Kosten wurden von Stadt- und Landgemeinde getragen, bzw. durch private Spenden aufgebracht. Ueber die erste Feier des Sedantages im Jahre 1872 berichtet das Lüdenscheider Wochenblatt¹⁴⁾: „Nachdem schon Morgens früh unter Glockengeläut die Trommler und Pfeifer der höheren Bürgerschule die Reveille mit vollständiger Präzision geschlagen und gepfiffen hatten, fand um 10 Uhr unter Theilnahme der oberen Schulklassen der Festgottesdienst statt, wobei Herr Pastor Niederstein die Festpredigt . . . hielt und in gewohnter schöner Weise die hohe Bedeutung des großartigen Ereignisses von Sedan auch in religiösem Sinne verherrlichte.“ Nachmittags bewegte sich ein Festzug vom Karlsplatz zur Schützenhalle. Auf dem Platz und in der Halle fanden Turnübungen und Spiele statt. Die Kinder wurden mit Kuchen und Limonade bewirtet. Um 6 Uhr kehrten die Schüler zur Stadt zurück und trennten sich nach einem gemeinsam gesungenen Choral vor der Kirche.

Manche Kriegsteilnehmer traten dem schon 1865 gegründeten Wehrverein bei¹⁵⁾. Die Mitgliedschaft hatte auch ganz praktischen Nutzen, da er seine Mitglieder in Notlagen und bei Sterbefällen unterstützte. Im wesentlichen beschränkte sich seine Tätigkeit darauf, die nationalen Gedenktage im Laufe des Jahres mitzugestalten¹⁶⁾.

Hurratriotismus?

Mit diesen Kundgebungen der nationalen Gesinnung hat man oft den Hurratriotismus in Zusammenhang gebracht, der als ein besonderes Kennzeichen der Zeit nach 1871 hingestellt wird. Sicherlich muten uns heute die Reden und Aufrufe der damaligen Zeit oft fremdartig und verstiegen an, wenn es z. B. in einem Aufruf des Lüdenscheider Ausschusses für die Stiftung des Niederwalddenkmals am 1. Januar 1872, noch dazu in fehlerhaftem Deutsch, hieß¹⁷⁾: „Darum öffne Jeder, in dessen Brust noch ein warmes patriotisches Herz schlägt, die freigebig spendende Hand, auf daß der herrliche Gedanke sich recht bald verwirkliche, auf dem Niederwald ein nationales Denkmal, das Symbol des wiedergeeinigten mächtigen deutschen Reiches, des Friedens, deutscher Kultur und Kunst, errichtet zu Ehren des deutschen Volkes in Waffen, welches auf den Schlachtfeldern Frankreichs den wälschen Räuber mit blutigem Schwerte zerschmettert und den deutschen Kaiserthron wieder aufgerichtet, ein Denkmal, welches dem racheschnaubenden Nachbar als tägliche Mahnung dienen soll, daß Alldeutschland Wacht am Rhein hält und stets

gerüstet ist, wie im vorigen Jahre, so auch in Zukunft, jeden räuberischen Ueberfall mit wuchtiger Kraft zurückzuweisen.“ Sieht man aber von dem schlechten, pathetischen Stil ab, bleibt eigentlich nur der Stolz auf den gewonnenen Krieg und die erfüllten nationalen Ziele. Man will das Erreichte bewahren; in den ersten beiden Jahrzehnten nach 1871 fehlt der aggressive Ton, wie er vor der Reichsgründung weit eher anzutreffen war¹⁸⁾. Ist dies Hurratriotismus, so ist er sehr zahm, so daß sogar hinsichtlich der Wehrvereine die Klage entsteht, daß sie „in Bezug auf Kameradschaft, Patriotismus etc., auf welche in den Statuten das Hauptgewicht gelegt, ihre Tätigkeit zu wenig entfalten“¹⁹⁾, und ihre Zusammenkünfte viel lieber als Volksfeste feiern. In allen Leitartikeln der Lokalzeitungen schimmert immer wieder die Ueberzeugung durch, daß Deutschland außenpolitisch saturiert ist und nur noch des innenpolitischen Ausbaus bedarf. Das außenpolitische Prinzip Bismarcks nach 1871 ist daher nicht nur auf seine Person beschränkt.

Auch ist uns die Art und Weise fremd, wie die Schuljugend an den Sedanfeiern teilnahm. Bei der Einweihung des Denkmals bildete die Spitze des Festzuges „das ca. 500 Köpfe zählende Schülerbataillon. 1. Comp. höhere Bürgerschule, 2. Comp. Knaben der ersten und zweiten Klasse der . . . Elementarschule, 3. Comp. Fabrikenschüler, 4. Comp. Zöglinge des Privatinstutits zu Spielwigge und Knaben der oberen Abtheilungen sämtlicher Schulen der Landgemeinde. . . Das Schülerbataillon zeigte durch ausgezeichnete Ausführung des Parademarsches, daß militärische Haltung und militärischer Geist auch schon Eigenthum unserer Schuljugend geworden sind“ (LZ 5. 9. 74). Aber auch dies hat mit Hurratriotismus wenig gemeinsam, sondern ist das Ergebnis der Geschichte eines Staates, der wie Preußen das Militärische als seine Grundlage sah.

Der Kulturkampf

Weit eher läßt sich ein militanter Nationalismus in den Haßausbrüchen der Liberalen feststellen, mit denen sie während des Kulturkampfes gegen die katholische Kirche zu Felde ziehen. Für uns heute Lebenden ist die erbitterte Schärfe dieser Auseinandersetzung nur schwer zu begreifen — so fern liegt diese nicht einmal 100 Jahre zurückliegende Zeit schon unserem Denken. Für Bismarck handelte es sich im wesentlichen um eine Frage der Staatsraison, die er gegen Forderungen der katholischen Kirche, partikularistische Bestrebungen und das polnische Nationalitätenproblem aufrechterhalten mußte²⁰⁾. Die unüberbrückbare Schärfe, ja Gehässigkeit, wurde in den Kulturkampf von den Liberalen hineingetragen, die ihm durch ihren Vertreter, den bekannten Arzt Virchow, auch den Namen gaben und im Vorgehen Bismarcks den endgültigen Beweis dafür sahen, daß der Staatsmann zum in der Wolle gefärbten Liberalen geworden war. Bismarcks Äußerungen in der Hitze der Auseinandersetzung konnten von den Liberalen allerdings in ihrem Sinn ausgelegt werden. Aber ihnen ging es weniger um die Staatsraison, als um grundsätzliche, weltanschauliche Entscheidungen, die von ihnen doktrinär vorgebracht wurden und entsprechende Reaktionen der Kirche herausforderten. So wurde Bismarck in einem Gedicht im Lüdenscheider Wochenblatt zu seinem 60. Geburtstag²¹⁾ als der Mann hingestellt,

„der sie zerstört die röm'schen Werke,
der Schwarzen Uebermuth gedämpft;
Der Mann, der jetzt mit Geist und Stärke
den Heldenkampf des Lichtes kämpft. . .“

Als 1874 ein Attentat auf Bismarck verübt wurde, schickte ihm die Lüdenscheider Schützengesellschaft ein Telegramm²²⁾, in dem es hieß: „Der Vorstand der . . . Lüdenscheider Schützengesellschaft dankt Gott für gnädige Errettung Ew. Durchlaucht aus großer Gefahr! Gott erhalte noch lange Deutschlands Stolz! Auf diesen heißen Wunsch trinkt der Lüdenscheider Schützen-Verein in

diesem Augenblick ein volles Glas. Hoch!!“

Die Liberalen verlangten völlige Trennung von Staat und Kirche. „Mit dieser Operation ist jetzt Deutschlands größter Staatsmann beschäftigt; ihm assistirt Alles, was noch gesundes Leben in sich verspürt“ (LW 15. 5. 75). Die Schule soll eine Pflanzstätte des Nationalismus sein, um „die Knaben heranzubilden zu tüchtigen Staatsbürgern, die gerne ihr alles opfern auf dem Altar des Vaterlandes, die Mädchen zu begeistern für echte Heldentugend und männliche deutsche Thatkraft und Gesinnung“ (LW 21. 2. 73). Darum muß sie völlig zur Domäne des Staates werden, denn „Römische Hierarchie und germanischer Volksgeist sind unvereinbar“ (LW 16. 10. 72). Von hier bis zur Bezeichnung des Zentrums als „vaterlandslose Partei“²³⁾ war kein weiter Weg. Wie sehr erinnert dieses Vokabular an die nationalsozialistische Zeit! Die katholische Kirche betreibe „die Verdummung des Volkes und die Erziehung desselben zum blinden Gehorsam“. Das Ziel des liberalen Staates, der nun durch das Werk Bismarcks und mit Unterstützung der Liberalen verwirklicht werde, sei aber „die Erziehung sämtlicher Bürger zu denkenden und urtheilsfähigen Menschen. . .“ (LW 26. 6. 72).

Bei einem Bevölkerungsanteil von 10 Prozent im Jahre 1880²⁴⁾ konnten sich die katholischen Bürger der Stadt gegen diese Polemik kaum wehren. Trotzdem erhielt das Lüdenscheider Wochenblatt eine Zuschrift mit der Aufforderung, „auch den Ultramontanen gegenüber die Pflichten des 8. Gebotes zu beobachten, das falschen Argwohn, freventliches Urtheil, Ehrabschneidung und Verläumdung verbiete“ (LW 6. 10. 75). In Pfarrer Herdes besaß die kleine katholische Gemeinde Lüdenscheids einen Geistlichen, der den Kampf aufnahm. Er wagte es, sich in seinen Predigten offen gegen die staatlichen Kirchengesetze zu äußern. Da er ein choleres Temperament besaß²⁵⁾, ließen diese Bemerkungen an Schärfe sicherlich nichts zu wünschen übrig. Mehrmals wurde er wegen Verstoßes gegen den Kanzelparagraphen angeklagt, jedoch bis auf einen Fall, in dem er zu einem Tag Festungshaft verurteilt wurde, freigesprochen²⁶⁾. Am 31. Mai 1875 wurde auf Anordnung der Regierung in Arnsberg im Verlauf einer gemeinsamen Aktion in den Kreisen Altena und Iserlohn auch in Lüdenscheid das Vermögen der katholischen Kirchengemeinde beschlagnahmt²⁷⁾. Bürgermeister Selbach führte als Beschlagnahmekommissar diese Aktion durch. Pfarrer Herdes fügte sich unter Protest, indem er in seinem Schlafzimmer den Schrank öffnete, der die Wertgegenstände der Gemeinde enthielt. Ende Dezember bekam er sie zurück²⁸⁾.

Weit mehr bewegte die Lüdenscheider Oeffentlichkeit, daß Herdes 1874 Kindern und Erwachsenen von der Kanzel herab die Teilnahme an der Denkmalsweihe und der

¹⁰⁾ StA Lüd. 5400; vgl. auch LW 14. 12. 1872.

¹¹⁾ s. Bericht in LZ 5. 9. 1874.

¹²⁾ LZ 12. 8. 1874.

¹³⁾ Protokoll der Sitzung der Stadtvertretung vom 7. 6. 1946, Punkt 3.

¹⁴⁾ LW 4. 9. 1872.

¹⁵⁾ vgl. „Der Reidemeister“ Nr. 20, S. 6.

¹⁶⁾ LW 8. 8. 1885.

¹⁷⁾ LW 3. 1. 1872.

¹⁸⁾ s. „Der Reidemeister“ Nr. 15, S. 4 u. Nr. 20, S. 2.

¹⁹⁾ LW 8. 8. 1885 Eingesandt.

²⁰⁾ vgl. Bußmann, S. 158 f.

²¹⁾ LW 3. 4. 1875.

²²⁾ LZ 18. 7. 1874.

²³⁾ LW 21. 2. 1872.

²⁴⁾ Verw.-Bericht 1874—80, S. 5.

²⁵⁾ Kath. KG, S. 51.

²⁶⁾ dsgl., S. 51 f.; vgl. auch LW 23. 6. 1875; 30. 10. 1875; 29. 9. 1877.

²⁷⁾ LW 5. 6. 1875.

²⁸⁾ Im Protokollbuch des Kirchenvorstandes der kath. Kirchengemeinde zu Lüd., Sitzung v. 1. 9. 1876, wie in LW 5. 6. 1875 wird der 31. 5. als Datum der Beschlagnahme genannt. Die Beschlagnahmeverhandlung selbst (Archiv der kath. Kirchengem.) nennt den 30. 5. 1875. Dieses Datum kann schon deshalb kaum stimmen, weil es ein Sonntag war.

Sedanfeier untersagte und jährlich die Agitation gegen die Feier wiederholte, bis er Anfang 1885 die Stadt verließ²⁵⁾. Nahmen katholische Schulkinder trotzdem teil, liefen sie Gefahr, daß Herdes sie von der Kommunion ausschloß. Er wurde deshalb als katholischer Lokalschulinspektor abgesetzt. An seine Stelle trat Gerichtsrat Meldior und ab 1879 Kreisphysikus Dr. Terfloth. Sie sorgten dafür, daß 1875, 1876 und ab 1880 wenigstens ein Teil der Schulkinder teilnahm. Gegen die Väter der fehlenden Kinder stellte Bürgermeister Selbach 1881 Strafantrag. Er mußte sich belehren lassen, daß die Teilnahme gesetzlich nicht erzwungen werden konnte²⁶⁾. Noch 1884, Jahre nach der Beendigung des Kulturkampfes, kam es deswegen zu einer Kontroverse zwischen Bürgermeister Selbach und Dr. Terfloth als katholischem Schulinspektor²⁷⁾. Dabei war Terfloth durchaus kein Anhänger des Zentrums, sondern gehörte zu den gemäßigt liberalen, konservativen Kreisen²⁸⁾. — Die Schulkinder durch Druck und Drohung, sie von der Kommunion auszuschließen, und durch Beeinflussung der Eltern von der Sedanfeier fernzuhalten, an der sie sicherlich schon wegen der kostenlosen Bewirtung mit Kuchen und Limonade gern teilgenommen hätten, war eine unnötige Härte und führte in der Lüdenscheider Öffentlichkeit zu der Frage: „Was in der Welt hat eine rein patriotische Feier mit der Religion zu schaffen? Was hat die Feier des 2. September mit dem gegenwärtigen Kulturkampfe zu thun?“ (LZ 15. 8. 74.)

Die politische Entwicklung in den 70er Jahren

Die Liberalität der Lüdenscheider Bevölkerung zeigte ein breites Spektrum verschiedener Tönungen von der ganz links stehenden Fortschrittspartei über die Nationalliberalen bis zur schon zur Rechten gehörenden liberalen oder freikonservativen Partei, die sich 1876 in Deutsche Reichspartei umbenannte²⁹⁾. Zentrum und Sozialisten fielen kaum ins Gewicht. Entschieden liberale Gedankengänge, d. h. die Ideen der Fortschrittspartei, hatten in Lüdenscheid schon seit der Konfliktzeit immer besonderen Anklang gefunden³⁰⁾. Die Jahre nationaler Hochstimmung nach 1866 und 1871 ließen ihre Grundsätze zuerst in den Hintergrund treten³¹⁾, während sie in den späteren Jahren wieder hervortraten und zunehmend schärfere Konturen gewannen. Das auf dem Schlachtfeld Erreichte stimmte für den Augenblick versöhnlicher einer Regierung gegenüber, die zwar eine konstitutionelle Monarchie vertrat, aber doch nicht daran dachte, den Forderungen der Fortschrittler nach einer weiteren Demokratisierung des politischen Lebens nachzugeben.

Die bei den Wahlen nur in Umrissen hervortretende Parteizugehörigkeit der Kandidaten wurde durch das Wahlsystem noch undeutlicher. Es war ein reines Persönlichkeitswahlrecht, bei dem Nachwahlen zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen stattfanden, wenn nicht einer schon im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreicht hatte. Es handelte „sich . . . weniger um prinzipielle Parteiunterschiede . . . als nur einfach um die Personenfrage“ (LW 17. 7. 78). Und wenn ein Kandidat die Regierung unterstützte, konnte man ihn schon als nationalliberal bezeichnen, weil sich die Regierung damals im wesentlichen auf diese Partei stützte, wenn er selbst auch diese Bezeichnung vermied³²⁾. Auch nach der Wahl war gerade für unser Gebiet die Parteizugehörigkeit des Abgeordneten nicht immer genau festzulegen, da die Liberalen „unbedingte Freiheit der Abstimmung“ für sich in Anspruch nahmen und den Fraktionszwang ablehnten (LZ 11. 4. 74). Unter diesen Voraussetzungen konnten sich die konservativen Kreise in Lüdenscheid und im Wahlkreis Altena-Iserlohn sogar als nationalliberal bezeichnen, obwohl sie es gar nicht waren, und ihren Kandidaten für nationalliberal erklären, ob-

wohl er gar nicht dieser Partei angehörte³³⁾. Sie mußten schon auf diese Weise das nationale und liberale Empfinden der Wähler ansprechen, wenn sie sich in der nach 1871 bald wieder ansteigenden linksliberalen Flut politischen Einfluß sichern wollten. In den ländlichen Gebieten des Kreises³⁴⁾ hatten sie wegen der naturgemäß stärker vorhandenen konservativen Neigungen leichteres Spiel als in Lüdenscheid, „der Stadt, die auf der Höhe liegt, (die) seit 20 Jahren uns Liberale führte, der wir gewohnt waren, zu folgen . . .“ (LZ 7. 1. 74).

Wenn aber parteipolitische Gesichtspunkte zurücktraten, erwartete man von dem gewählten Abgeordneten um so mehr die Erfüllung der Wünsche, die man bei seiner Kandidatur an ihn herangetragen hatte und die bei der Situation Lüdenscheids vorwiegend wirtschaftlicher Natur waren, z. B. der Bau der Bahnlinie Brügge — Lüdenscheid. In den Augen der entschiedenen liberalen Parteigänger waren dies niedere, persönliche Beweggründe³⁵⁾. Die Wahlkämpfe entarteten daher leicht in persönliche Angriffe und Verdächtigungen.

Die beiden Kandidaten, die einander in den Wahlkämpfen der 70er Jahre gegenüberstanden, waren Kreutz und Overweg. Kreutz hatte schon seit 1858 den Wahlkreis im preussischen Abgeordnetenhaus und von 1867 bis 1871 im norddeutschen Reichstag vertreten³⁶⁾. Er gehörte zur Fortschrittspartei. Karl Overweg, Rittergutsbesitzer auf Haus Letmathe, war Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung und des Erfurter Parlaments gewesen und hatte sich zu liberalen Gedankengängen bekannt. Von 1867 bis 1873 gehörte er zusammen mit H. Thomée aus Werdohl zum Abgeordnetenhaus³⁷⁾, schloß sich aber keiner Fraktion an. Kreutz und Overweg waren bis 1867 gute Freunde gewesen. Als jedoch 1867 Kreutz statt Overweg in den Stichwahlen gegen den konservativen Regierungspräsidenten v. Holtzbrinck in den norddeutschen Reichstag gewählt wurde, hatte „ihm Overweg die Freundschaft gekündigt und das Haus verboten“ (LW 30. 12. 76). 1871 war Overweg statt Kreutz in den Reichstag gewählt worden, wo er sich in konsequenter Weiterführung seines Weges von links nach rechts der „liberalen Reichspartei“, d. h. der Freikonservativen Partei anschloß³⁸⁾. Die nationale Begeisterung wirkte sich zugunsten Overwegs aus, der die Ziele der Regierung unterstützte, und gegen Kreutz, der 1867 als überzeugter Fortschrittler die Indemnitätsvorlage abgelehnt hatte³⁹⁾. Overweg gehörte verschiedenen industriellen Organisationen des Landkreises Iserlohn an. Er starb am 27. Mai 1876⁴⁰⁾.

In den Reichstagswahlen 1874 griff die fortschrittliche Gruppe hinter Kreutz Overweg scharf an und verdächtigte ihn, aus seiner Stellung als Abgeordneter persönlich wirtschaftlichen Nutzen gezogen zu haben⁴¹⁾. Im Abgeordnetenhaus habe er gegen wesentliche demokratische Rechte gestimmt, habe oft bei Abstimmungen gefehlt und unterhalte zu gute Beziehungen zu Regierungsstellen⁴²⁾. Sehr viel schärfer aber sind die Angriffe gegen die Anhänger Overwegs in Lüdenscheid: „ . . . das tonangebende Lüdenscheid hat sich dem vollständigen Wahlklüngel in die Arme geworfen, giebt uns das klägliche Beispiel eines durch Sonderinteressen herbeigeführten politischen Wankelmuths. Läßt man alle Umschweife und große Redensarten bei Seite, so ist des Pudels Kern: Lüdenscheid muß eine Eisenbahn haben, und hierzu kann der durch seine Actien sehr einflußreiche Herr Overweg behülflich sein . . . Das Staatswohl ist bei den Lüdenscheidern nur Vorwand, in Wahrheit handelt es sich um das pure Eigeninteresse!“ (LZ 3. 1. 74) „Wie soll man das Rätsel lösen, daß in der Stadt, die auf der Höhe liegt . . . jetzt ein solcher Chamäleonismus sich zeigt? . . . Wollt ihr Esau gleichen, der das Recht seiner Erstgeburt für ein Linsengericht verkaufte? . . . Um der liberalen Sache, um der Einigkeit willen: Zu-

rück von Overweg, mit uns Allen für Kreutz!“ (LZ 7. 1. 74).

Besonders ging es ihnen darum, den Gegnern die nationalliberale Maske abzureißen. An den Unterschriften der Aufrufe des sich nationalliberal nennenden Wahlkomitees, das schon länger bestand, „erkannten wir sofort den konservativen Pferdefuß, welcher sich unter der Maske des National-Liberalismus versteckt hatte, wir erinnerten uns wieder, daß das Comitee mit hoher obrigkeitlicher Bewilligung das Licht der Welt erblickt und bei der zu Altena in geheimnißvoller Sitzung vollzogenen Taufe den Namen ‚national-liberales Wahl-Comitee‘ empfangen hatte . . . Durch solche Künste haben die Conservativen es fertig gebracht, einen Theil an achtungswerthen freisinnigen Männern auf ihre Seite zu ziehen . . .“ (LZ 10. 1. 74). Weitere Beweise für diese Tarnung der Konservativen lagen vor: 1873 hatten sie gegen einen nationalliberalen Kandidaten gestimmt, stimmten jetzt für ein Mitglied der Freikonservativen und wurden in ihrer Agitation von staatlichen Stellen unterstützt⁴³⁾.

Die Wahlbeteiligung am 10. Januar 1874 war mit 75 Prozent stärker als 1867. Kreutz konnte in Lüdenscheid zwei Drittel aller Stimmen auf sich vereinigen. Im ganzen Wahlkreis gewann er jedoch nicht die absolute Mehrheit. Erst aus der Stichwahl gegen Overweg ging er als Sieger hervor. Schon 1873 bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus hatte die Mehrheit für die entschiedenen liberalen Kandidaten Kreutz und Schlieper, Fabrikant aus der Grüne bei Iserlohn, gegen die konservativen Overweg und Thomée gestimmt. Da das Dreiklassenwahlrecht in Preußen die besitzenden Schichten bevorzugte, zeigt dies Ergebnis, wie die Gefolgschaft der Fortschrittspartei nicht nur die breiten Massen umfaßte, sondern auch tief in die wirtschaftlich führenden Schichten der Stadt hineinreichte⁴⁴⁾. Es zeigt aber auch, wie die nationale Begeisterung der ersten Tage nüchternere Züge annahm und grundsätzliche politische Ueberzeugungen wieder mehr in den Vordergrund traten. Im Gegensatz zur Konfliktzeit dachte man aber in Lüdenscheid nicht daran, an der militärischen Macht des Staates zu rütteln. Kreutz hatte versprochen müssen, im Reichstag „an dem sicheren Bestande, an der wachsenden Macht unseres Vaterlandes arbeiten zu wollen“. Denn „wir wollen keinen Pfennig, keinen Mann, keinen Huf vom Militär-gesetz missen. Wir wollen bis an die Zähne gewaffnet stehen für Kaiser und Reich“ (LZ 8. 4. 74). Als daher Bismarck die Festlegung der Friedensstärke des Heeres auf sieben Jahre, das sogen. Septennat, verlangte und die Fortschrittspartei, ihren alten Grundsätzen treu, dies ablehnte, trat Kreutz mit einigen anderen Fortschrittler unter Führung von Löwe-Kalbe, „dem letzten Präsidenten der deutschen Nationalversammlung von 1849“, aus der Fraktion aus⁴⁵⁾. Diese Haltung Kreutz' führte dazu, daß er 1876 mit Schlieper wieder in das Abgeordnetenhaus und 1877 in den Reichstag gewählt wurde. Die gemäßigt Liberalen bzw. Konservativen hatten den Iserlohn Landrat Aug. Overweg, den Sohn Karl Overwegs,

²⁵⁾ LW 2. 7. 1884.

²⁶⁾ LZ 21., 25., 28. 6. u. 2. 7. 1884.

²⁷⁾ LW 22. 10. 1881.

²⁸⁾ vgl. Gebhardt II, S. 474 f.

²⁹⁾ vgl. „Der Reidemeister“ Nr. 20, S. 5 f.

³⁰⁾ LZ 8. 4. 1874 Leitartikel.

³¹⁾ LW 20. 7. 1878 Eingesandt.

³²⁾ vgl. LZ 10. 1. 1874.

³³⁾ vgl. LW 3. 8. 1878.

³⁴⁾ LZ 7. 1. 1874 Eingesandt.

³⁵⁾ s. Anm. 8 u. LZ 10. 1. 1874.

³⁶⁾ LZ 7. 1. 1874. Vgl. auch Hostert, S. 130. Jedoch kandidierte Overweg nicht für die nationalliberale Partei, obwohl er auch von Nationalliberalen gewählt wurde.

³⁷⁾ LW 19. 7. 1876 Nachruf.

³⁸⁾ LZ 10. 1. 1874.

³⁹⁾ Bußmann, S. 155; vgl. auch LZ 30. 12. 1874 Rückblick.

aufgestellt. Man erklärte ihn zum Nationalliberalen, obwohl seine antiliberalen und konservative Einstellung bekannt war⁴⁴). In Lüdenscheid gewann Kreuzt 1877 wieder die absolute Mehrheit, im gesamten Wahlkreis siegte er erst in der Stichwahl gegen Overweg⁴⁵). Da sich Kreuzt weiterhin zu den gemäßigten Fortschrittler der Gruppe Löwe-Kalbe hielt, glaubte das Lüdenscheider Wochenblatt, nun ihn und damit den ganzen Wahlkreis als nationalliberal erklären und so nachträglich die letzte Wahl in einen Sieg dieser Partei umdeuten zu können⁴⁶).

Bismarck löste diesen Reichstag nach zwei Attentaten gegen den alten Kaiser auf, um bei der im Volke herrschenden Erregung in den Neuwahlen eine Mehrheit für seine neue Politik zu gewinnen, die Maßnahmen gegen die Sozialisten und eine neue Wirtschaftsgesetzgebung vorsah. Unter dem Eindruck der Attentate rief man auch in Lüdenscheid zur Einheit der Liberalen im Kampf gegen die Sozialisten auf⁴⁷). Statt Kreuzt, der aus Altersgründen ausschied, wurde Schlieper, der zweite Landtagsabgeordnete des Wahlkreises, nominiert. Er gehörte zum linken Flügel der Nationalliberalen⁴⁸). Ihn unterstützten auch die Fortschrittler in Lüdenscheid: Albert und Richard Gerhards, Lenzmann, Heinrich und Aug. Noelle⁴⁹). Die Konservativen um Kommerzienrat W. Turck, Amtmann Opperbeck, F. Brauckmann, Heiner Dicke, Caspar Noell und die Vertreter der Kirche und Behörde stellten wieder Overweg als Gegenkandidaten auf. Dieses Mal bezeichneten sich sogar beide Gruppen als nationalliberal⁵⁰). „Schlieper ist der Friede, Overweg ist der Krieg“, hieß der Schlachtruf⁵¹). Schlieper gewann die Wahl. Damit zog zum erstenmal ein wirklich Nationalliberaler in den Reichstag ein. Wie schon früher, war der Stimmenanteil Overwegs auf dem Lande größer als in der Stadt⁵²).

Die wirtschaftliche und soziale Lage in den 70er Jahren

Dem wirtschaftlichen Aufschwung nach 1871 folgte bald als Ergebnis unsinniger Spekulationen und Investitionen der sogenannten „Gründerkrach“, der von 1873 an zu einer langjährigen Wirtschaftskrise führte. Der Absatz stockte, die Arbeitslöhne sanken bei zumindest gleichbleibenden Lebenshaltungskosten, Arbeiter mußten entlassen werden. Besonders die Schwerindustrie wurde davon betroffen⁵³). Im Gegensatz zur Eisenindustrie im Lennetal wurde die Lüdenscheider Industrie wegen ihrer anderen Struktur (Knopffabrikation) nicht in gleichem Maße in Mitleidenschaft gezogen⁵⁴), obwohl auch hier sich der Geschäftsgang verschlechterte. 1877 fiel deshalb sogar das Schützenfest aus⁵⁵). Hinzu kam, daß die Konkurrenz der französischen und böhmischen Knopfindustrie sich sehr bemerkbar machte. Aber trotz der gedrückten Preise und vollen Läger brauchten hier Arbeiter nicht entlassen zu werden⁵⁶). Die Wirtschaftskrise verzögerte auch den Bau der Bahnlinie Brügge—Lüdenscheid, von der sich die Lüdenscheider Industrie größere Konkurrenzfähigkeit versprach⁵⁷).

Der besseren Lage der Lüdenscheider Industrie ist es z. T. zuzuschreiben, daß hier nicht wie andernorts (z. B. in Iserlohn) die sozialistischen Ideen größeren Raum gewinnen konnten⁵⁸). Der Lassalleaner Tölcke aus Iserlohn konnte bei den Reichstagswahlen 1874 trotz einer überfüllten Wahlversammlung am 4. Januar⁵⁹) in Lüdenscheid nur 6 Prozent der gültigen Stimmen gewinnen, im Kreis Altena insgesamt 7 Prozent⁶⁰). 1877 sank sein Stimmenanteil in Lüdenscheid auf 4 Prozent⁶¹). Das im ganzen patriarchalische und humane Verhältnis der Fabrikanten zu ihren Arbeitern⁶²) und die Bodenständigkeit der Arbeiterschaft mit oft eigenem Haus- und Grundbesitz⁶³) wirkten sich in dieser Richtung aus. Aber es gab Anzeichen dafür, daß es nicht so blieb. Die Vergrößerung des Armenbudgets um fast 100 Prozent von 1869—77 und die Zunahme der Schankstätten um 61 Prozent, während Ein-

wohnerschaft um 29 Prozent und Häuserzahl nur um 20 Prozent zunahm⁶⁴), sind Anzeichen dafür, daß in vielen Familien Armut und Elend herrschte. Auf der anderen Seite kam es schon zu Fällen fehlender Verantwortung des Arbeiters gegenüber: 1872 mußte Bürgermeister Wiesmann vor der Mißachtung der Gesetze zum Schutze jugendlicher Arbeiter warnen⁶⁵). Trotzdem nahmen diese Verstöße zu, denn sie führten 1883 zu einer offiziellen Maßregelung seitens der Behörde⁶⁶). Die Verurteilung eines Lüdenscheider Arbeiters wegen Majestätsbeleidigung im Jahre 1878 beleuchtet schlaglichtartig die sich ändernde Situation⁶⁷).

Der Wandel wurde in der Mitte der 70er Jahre sichtbar und prägte sich bis in die Mitte der 80er Jahre deutlich aus. Während die Bevölkerung Lüdenscheids von 1860—70 nur um 30 Prozent zugenommen hatte, stieg sie in dem Jahrzehnt nach der Reichsgründung sprunghaft um 49 Prozent auf 11 137 (1880) und bis 1890 sogar um 74 Prozent auf 19 450, wobei der stärkste Anstieg in den Jahren 1880—85 von 11 137 auf 15 150 36 Prozent betrug⁶⁸). Dieser erstaunliche Bevölkerungsschub lag im wesentlichen in dem „starken Zuzug von Arbeiterfamilien aus den ländlichen Bezirken des Kreises“, wo „die kleinen selbständigen Meister, die früher in großer Anzahl auf dem Lande existierten und neben etwas Landwirtschaft die Verfertigung verschiedener Artikel der Kleinenwarenindustrie betrieben, immer mehr (verschwinden)“⁶⁹). In der Stadt bildeten sie ein in dieser Form bis dahin unbekanntes, besitzloses Proletariat⁷⁰), das besonders in Krisenzeiten empfänglich für radikale Ideen wurde. Diese Bevölkerungszunahme störte je länger je mehr das bodenständige Gefüge der Lüdenscheider Bevölkerung und das bisher weithin auf Vertrauen gegründete Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer. In den unteren Schichten insgesamt rief Bismarcks neue Schutzzollpolitik 1878/79, die einseitig der Eisenindustrie und der Landwirtschaft von Nutzen war, Unruhe hervor, denn sie verteuerte gerade die Lebensbedürfnisse des einfachen Mannes⁷¹). Als Folge dieser Veränderungen traten ab 1878 in Lüdenscheid die Einkommensunterschiede stärker hervor. Während die Zahl der Wähler in der 3. Klasse rasch zunahm, blieb die Zahl derer, die ein Drittel des Steueraufkommens zahlten und damit in der 1. Klasse wählten, fast unverändert gering⁷²). Um so weniger waren die nach diesem System erfolgenden Landtags- und Gemeindevahlen in Zukunft ein echter Spiegel der öffentlichen politischen Meinung⁷³). Trotzdem aber vertrat die führende liberale Schicht Lüdenscheids weiterhin die Ansicht, daß politische Verantwortung in erster Linie Sache der Gebildeten sei. Sie lehnte das allgemeine, gleiche Wahlrecht für den Gesamtstaat nicht ab, aber für die Gemeinde sollte „dem ansässigen Bürgerstande der größte Einfluß verbleiben . . . Für Communal-Verhältnisse ist nur das Dreiklassensystem das gesündeste, selbst für die von ihrer Hände Arbeit lebende Klasse“ (LW 15. 4. 76, Leitartikel). Noch waren die Lüdenscheider Arbeiter bereit, diese Anschauungen für richtig zu halten, zumal die Lüdenscheider Fabrikanten im Kampf gegen die neue Wirtschaftspolitik Bismarcks ihre Bundesgenossen waren.

Die große Enttäuschung

Obwohl die Lage der heimischen Industrie sich bis Anfang der 80er Jahre zunehmend besserte⁷⁴), empfanden die Liberalen unter den Lüdenscheider Fabrikanten die neue Schutzzollpolitik Bismarcks als „verwerflich“. In einer Volksversammlung im Mai 1879 zeigte E. A. Quincke „an Beispielen, welchen gewaltigen Schaden namentlich die hiesige Knopfindustrie durch die neue Schutzzollpolitik haben würde; sollte uns der auswärtige Markt genommen werden — und das sei wahrscheinlich . . . — dann könnte Lüdenscheid seine Industrie aufgeben . . . Aug.

Noelle . . . hob in überzeugender Weise hervor, daß Schutzzoll eigentlich nichts anderes bedeute, als daß ein Staatsbürger einem andern Staatsbürger tributpflichtig würde.“ Die Versammlung beschloß eine Resolution an den Reichstag: „Die . . . Volksversammlung beschließt, die Erwartung auszusprechen, daß der deutsche Reichstag, festhaltend an den Grundsätzen der bisherigen wohlbewährten . . . Wirtschaftspolitik jede Aenderung . . . ablehnt“ (LW 14. 5. 79). 1879 wurde als „das Jahr der volkswirtschaftlichen Contrerevolution“ bezeichnet (LW 31. 12. 79 Rückblick). Die Handelskammer hatte schon vorher eine Eingabe an Bismarck gerichtet⁷⁵), der der landwirtschaftliche Verein „Märkisch-Sauerland“ allerdings sofort eine Gegengedächtnisadresse, unterzeichnet u. a. von Amtmann Opperbeck, hatte folgen lassen⁷⁶). Noch mehr erregte die Liberalen aber die Verletzung ihrer politischen Grundsätze. Sie sahen mit tiefer Erschütterung, daß der Mann, den sie für sich gewonnen glaubten, weil er nach 1866 mit ihrer Unterstützung seine Politik durchgeführt hatte, daß der „liberale“ Bismarck seine Liberalität von sich warf wie einen abgetragenen Rock und noch dazu erwartete, „daß charakterfeste und überzeugungstreue Männer . . . (seinen) Kreuz- und Quersprüngen ohne Weiteres folgen“ sollten (LW 16. 6. 83). „Hat er nicht mit allen Parteien gespielt, wie der Künstler mit den Figuren auf dem Schachbrett? Viele Jahre hat die liberale Partei mit Selbstverleugnung mit ihm an dem Aufbau des Reiches gearbeitet, und zum Danke dafür ist sie an die Wand gedrückt . . .“ (LW 12. 6. 80). Das war ein böses Erwachen aus einem fast 14 Jahre währenden Traum. . . . das Vertrauen zur Reichsregierung und insbesondere zum Kanzler (ist) in vielen Kreisen erschüttert . . .“ (LW 10. 9. 81). . . . dem deutschen Volk (fehlt) das Gefühl innerer Befriedigung, und der Pessimismus ist heute in weiten Kreisen eben so stark, als vor zehn Jahren die hell aufblühende Begeisterung“ (LW 1. 1. 81). „Man erwartete von der geeinten Nation eine Erleichterung der Steuerlasten, eine Verminderung der Heeresmacht . . . einen nachhaltigen Aufschwung auf allen Gebieten menschlicher Thätigkeit. Die Hoffnungen

⁴⁴) LW 3. u. 6. 1. 1877 u. 6. 7. 1878. Die Nationalliberalen im Wahlkreis Hamm-Soest hatten ihn deshalb als Kandidaten abgelehnt.

⁴⁵) LW 13. u. 24. 1. 1877.

⁴⁶) LW 10. 11. 1877 Leitartikel.

⁴⁷) LW 19. u. 22. 6. 1878 Leitartikel.

⁴⁸) LW 20. 7. 1878.

⁴⁹) LW 24. 7. 1878.

⁵⁰) LW 6. 7. 1878 Eingesandt.

⁵¹) LW 3. 8. 1878.

⁵²) HK 1876, S. 17.

⁵³) HK 1874, S. 1.

⁵⁴) LW 11. 4. 1877.

⁵⁵) LW 13. u. 30. 5. 1877.

⁵⁶) Verw.-Bericht 1874—80, S. 68 ff u. HK 1875, S. 1.

⁵⁷) Verw.-Bericht 1874—80, S. 4.

⁵⁸) LZ 7. 1. 1874.

⁵⁹) LW 25. 11. 1876.

⁶⁰) LW 13. 1. 1877. Dagegen erreichte Tölcke in Iserlohn 13%.

⁶¹) s. Berichte über Arbeiterjubiläen in LW 13. 5. 1876, 21. 2. 1877 u. 30. 12. 1876 Rückblick.

⁶²) s. „Der Reidemeister“ Nr. 20, S. 6 f u. Festschrift P. C. Turck, S. 25 ff.

⁶³) HK 1877, S. 20 f.

⁶⁴) LW 24. 7. 1872.

⁶⁵) HK 1882, S. 18 ff.

⁶⁶) LW 29. 6. 1878.

⁶⁷) s. Verw.-Bericht 1874—80, S. 5 f; 1881/86, S. 2; 1887/88, S. 5; 1888/89, S. 4; 1890/91, S. 5; vgl. Hostert, S. 149. Die dort angegebenen Ziffern stimmen jedoch für die Jahre 1874, 1882, 1885, 1887—90 mit den Angaben der Verw.-Berichte nicht überein.

⁶⁸) HK 1882, S. 24.

⁶⁹) vgl. HK 1881, S. 21.

⁷⁰) s. z. B. LW 25., 28. 5. u. 25. 8. 1881.

⁷¹) vgl. Verw.-Bericht 1881—86, S. 47.

⁷²) Sie treten deshalb in dieser Darstellung von jetzt ab in den Hintergrund.

⁷³) s. HK 1880, S. 23; 1881, S. 21; 1882, S. 3.

⁷⁴) LW 8. 3. 1879.

⁷⁵) LW 15. 3. 1879.

sind . . . nicht in Erfüllung gegangen" (LW 3. 9. 81). Man wollte ein starkes Königtum, aber eine dem Parlament verantwortliche Regierung. Eher „werden wir nicht . . . zu gesunden inneren Zuständen gelangen, bis die Regierung der Ausdruck der Majorität der gesetzgebenden Versammlungen geworden ist" (LW 10. 6. 82).

Die Enttäuschung der Liberalen, die Verschlechterung der Lebensbedingungen für die unteren Schichten und der Argwohn, daß die politischen Gegner nur ihre egoistischen, materiellen Ziele im Auge hatten, führten in diesen Jahren dazu, daß in der politischen Diskussion in Lüdenscheid die Desillusionierung des Denkens und die Schärfe der Politik ein bis dahin unbekanntes Ausmaß erreichten⁷⁶⁾. Bewegte sich die politische Rede noch Anfang der 60er Jahre voller Pathos auf einer idealistisch philosophischen, empfindsamen Ebene, die persönliche Angriffe kaum kannte⁷⁷⁾, wurden die politischen Auseinandersetzungen in der zweiten Hälfte des achten Jahrzehnts — noch nicht einmal 20 Jahre später — nüchterner, schärfer, aggressiver, bezogen sich auf die konkreten Verhältnisse und führten zu groben persönlichen Angriffen, denen oft Beleidigungsprozesse folgten. Die neue Politik Bismarcks radikalisierte die Liberalen, so daß die Fortschrittler sogar bei besonderen Anlässen die schwarz-rot-goldene Fahne zeigten⁷⁸⁾. Damit gewannen sie die Bundesgenossenschaft der Arbeiter, die in Lüdenscheid bis zur Mitte der 80er Jahre noch keine eigene Konzeption entwickelten. Die Persönlichkeit war vorhanden, die diese Situation mit fast demagogischem Geschick und politischer Leidenschaft auszunutzen wußte: Rechtsanwalt Julius Lenzmann. Auf der konservativen Seite fand er einen Gegenspieler, der ihm an Tatkraft und Energie nicht nachstand: Amtmann Opperbeck⁷⁹⁾.

Rechtsanwalt Lenzmann

Lenzmann stammte aus Hagen. Als Kreisrichter in Lüdenscheid heiratete er die Tochter des Fabrikanten Carl Berg⁸⁰⁾. Er hatte sich schon im Kulturkampf auf der Seite der Fortschrittler hervorgetan⁸¹⁾, bevor er mit Wirkung vom 1. 8. 1874 zum Rechtsanwalt und Notar ernannt wurde⁸²⁾ und sich damit mehr seinen politischen Neigungen widmen konnte. Mehrmals kandidierte er für die Stadtverordnetenwahlen und wurde schließlich 1881 in der 3. Klasse gewählt⁸³⁾. Von vornherein machte er sich zum Anwalt des kleinen Mannes. Er trat für die Beibehaltung des Schützenfestes ein, denn sonst „habe der Arbeiter kein Volksfest mehr und jeder Arbeiter habe sein volles Recht, wenigstens ein größeres Fest in jedem Jahr zu begehen" (LW 12. 4. 84). Seine Ablehnung der Schutzollpolitik begründete er damit, daß „die gewöhnlichsten Lebensmittel des Arbeiters derart verteuert würden, daß derselbe anstatt heute 1 Thlr. directe Steuern demnächst wenigstens 12 Thlr. indirecte Steuern bezahlen müsse" (LW 14. 5. 79), eine Summe, die gewiß übertrieben war. Besonders für eine durchgreifende Initiative in der Trinkwasserversorgung der Stadt setzte sich Lenzmann ein, weil „die Wasserfrage von humaner Seite aus betrachtet werden müsse und das Interesse für das leibliche Wohl und die Gesundheit aller Bürger erfordere" (LW 27. 7. 81). Gerade in trockenen Sommern⁸⁴⁾ lieferten die Brunnen der Stadt nicht mehr genug Wasser, außerdem waren sie durch Beize und Jauche verunreinigt⁸⁵⁾. In einer Volksversammlung im Jahr 1874 ließ sich Lenzmann in eine Kommission wählen, die bei den städtischen Behörden auf umgehende Maßnahmen drängte. Schon hier wurde ihm vorgeworfen, aus egoistischen Gründen zu handeln⁸⁶⁾. Charakteristisch war, daß Lenzmann die zögernde Haltung der Stadtverordneten im Namen des Volkes angriff und verlangte, daß die Stimme der Bürgerschaft durch ihn als Leiter der gewählten Kommission unmittelbar gehört werden solle, während die Stadtvertretung dies ablehnte,

weil sie selbst ja die gesetzlich gewählte Vertretung der Bürgerschaft sei⁸⁷⁾. Wie sehr aber Lenzmann hier taktischen und nicht grundsätzlichen Erwägungen folgte, zeigte seine ganz andere Haltung im Jahr 1881, nachdem er zum Stadtverordneten gewählt worden war. Jetzt lehnte er Volksversammlungen in dieser Angelegenheit ab, weil sie „resultatlos sein würde(n)" (LW 27. 7. 81). Im Zusammenhang mit der Trinkwasserfrage stand im Herbst 1875 eine Auseinandersetzung unter den Fabrikanten der Stadt um die Regelung der Beizabflüsse, die eines politischen Untertones nicht entbehrte. Die Inhaber der Fa. P. C. Turck, führend in der konservativen Gruppe der Stadt, hatten sich beim Landrat darüber beschwert, daß die Firmen C. Th. Dicke, Theod. Lange, Tütemann & Horn, Dan. Winkhaus und Gebr.

Wähler !!

Die Wohllisten liegen nur noch bis Dienstag, den 4. Oktober zur Einsichtnahme offen. Versäume Keiner, die Listen einzusehen, um festzustellen, daß sein Name darin steht. Wer nicht in der Liste steht, muß seine nachträgliche Eintragung verlangen, sonst geht er seines Wahlrechtes verlustig. Ein Jeder kann auch für Andere die Einsicht der Listen vornehmen. Sollte irgend ein Amtmann letzteres nicht gestatten wollen, so bitten wir, den Fall dem unterzeichneten Vorstand mitzuteilen, welcher überhaupt das Material betreffend Wahlunregelmäßigkeiten sammelt. Namentlich bitten wir die Landbewohner, etwaige amtliche Wahlbeeinflussungen dem unterzeichneten Vorstand mitzuteilen.

Jeder kann frei wählen und schützt ihn die geheime Wahl gegen spätere polizeiliche oder sonstige Chikanen.

Der Vorstand des Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei.

Anzeige im Lüdenscheider Wochenblatt v. 1. 10. 1881

Kugel, die zu den Fortschrittlern gehörten oder ihnen nahestanden⁸⁸⁾, ihre Beize in den Chausseegraben ableiteten, der in der Alternaer Straße an der Fa. Turck vorbeiführte: das Wasser ihrer in der Nähe liegenden Brunnen würde dadurch ungenießbar⁸⁹⁾. Gewaltige Aufregung erfaßte die Stadt. Nach den behördlichen Bestimmungen bestand die Gefahr, daß die betreffenden Firmen schließen mußten, wenn sie nicht schleunigst Abhilfe schafften. Die fünf Firmen machten die Brüder Turck für die drohende Arbeitslosigkeit und das dann folgende Elend der Arbeiterfamilien verantwortlich und warfen ihnen außerdem vor, daß sie zweierlei Maß vom Gesetz verlangten, denn die Beseitigung ihrer Beizabflüsse entspräche auch

nicht den Vorschriften⁹⁰⁾. Da zwei Drittel aller Brunnen verseucht waren⁹¹⁾, wurde die Wasserversorgung bis 1885 durch Ausbau von Stollen am Nordhang der Homert und durch Anlage einer Wasserleitung völlig neu geordnet⁹²⁾.

Als Anwalt des Volkes in der Wasserfrage hatte Lenzmann das politische Forum der Stadt betreten. Auch weiterhin blieb er der Anwalt der unteren Volksschichten gegen tatsächliche oder vermeintliche Uebergriffe der Behörden oder der besitzenden Schichten⁹³⁾. Die politische Färbung seines Einsatzes ist auch hier deutlich wahrnehmbar: Gegner seiner Prozesse waren in erster Linie die Konservativen, wie z. B. die Brüder Turck oder — ganz besonders — Amtmann Opperbeck, der 1877 Nachfolger Spanagels in Lüdenscheid-Land geworden war (LW 17. 7. 78). Lenzmann sah in Opperbeck den „Führer der hiesigen konservativen Agrarier und Schutzzöllner" (LW 1. 11. 78). Seine Feindschaft gegen ihn war so groß, daß er sogar Einwohnern des Amtes, die sich von Opperbeck willkürlich behandelt fühlten, anbot, für sie den Prozeß gegen den Amtmann zu führen⁹⁴⁾. 1879 griff Lenzmann Opperbeck in der „Berliner Volkszeitung" (vom 9. 8. 79) an: Er habe eine unzulässige Polizeimaßnahme gegen eine Firma ergriffen, um „einigen Industriellen die Mitbenutzung der . . . (von dieser Firma) gebauten Brücke zwangsweise zu verschaffen" (LW 1. 11. 79). Diesem Vorwurf der Begünstigung fügte Lenzmann in der sich anschließenden Zeitungsfehde noch den der Wahlbeeinflussung an⁹⁵⁾, der dem Beamten Opperbeck gegenüber doppelt schwer wiegen mußte. In dem dann folgenden Beleidigungsprozeß in Hagen, der als „Sensationsprozeß" bezeichnet wurde, betonte der Staatsanwalt, daß es sich um Parteiauseinandersetzungen handele. „Der Angeklagte Lenzmann habe zwar gesagt, daß er seinen Lebensberuf darin sehe, gegen Polizei-Brutalität, Polizei-Uebergriffe und Polizei-Ungesetzlichkeiten auf dem Wege der Journalistik vorzugehen . . . im Hintergrunde stehe jedoch die politische Gegnerschaft gegen den Amtmann Opperbeck, die teilweise sogar in persönliche Feindschaft übergegangen sei." Lenzmann, der sich selbst verteidigte, bestritt dies, gab aber die politische Gegnerschaft zu. „Sein eigener Standpunkt sei derjenige der Freiheit und des Fortschritts, der seines Gegners der Feudalismus und der Rückschritt . . . Polizei-Unregelmäßigkeiten, wo er sie finde, zu bekämpfen, habe er sich allerdings . . . zum Lebensberuf gemacht." Lenzmann wurde zu einer Geldstrafe von 150,— Mark verurteilt und mußte das Urteil in der „Berliner Volkszeitung" und dem „Lüdenscheider Wochenblatt" veröffentlichen (LW 19. 1. 81).

Dieser Prozeß hatte die beiden Lager in aller Deutlichkeit gezeigt. Opperbeck folgte konservativen Ansichten, verteidigte die Interessen der Landwirtschaft, d. h. der großen Bauern und Grundbesitzer, und war deshalb Anhänger des Schutzolls. Wie die Konser-

⁷⁶⁾ s. die Lokalblätter dieser Jahre; vgl. auch Lütge, S. 447.

⁷⁷⁾ vgl. „Der Reidemeister" Nr. 15.

⁷⁸⁾ LZ 9. 8. 1882.

⁷⁹⁾ vgl. Strodel, S. 9 f.

⁸⁰⁾ Trauregister der Evgl. KG Lüd. f. 1874.

⁸¹⁾ LZ 21. 1. 1874.

⁸²⁾ LZ 27. 6. 1874.

⁸³⁾ s. LZ 21. 11. 1874; LW 15. 11. 1876; Verw.-Bericht 1874—80.

⁸⁴⁾ LW 23. 7. 1881.

⁸⁵⁾ LZ 3. 10. 1874 Eingesandt Lenzmanns.

⁸⁶⁾ LZ 23. 9. 1874.

⁸⁷⁾ LW 22. 5. 1875.

⁸⁸⁾ LW 18. 10. 1882.

⁸⁹⁾ LW 13. 11. 1875 ff.

⁹⁰⁾ LW 18. 12. 1875.

⁹¹⁾ LW 30. 7. 1881.

⁹²⁾ LW Jg. 1882—85.

⁹³⁾ LW 2. 1. 1875 u. Prozeßberichte in LW 1881 ff.

⁹⁴⁾ nach Erzählungen meines Vaters.

⁹⁵⁾ LW 15. 11. 1879.

vativen unserer Stadt, vertrat er einen strikten Obrigkeitsstandpunkt. Seine Aktivität und politische Leidenschaft ließen ihn rasch in den Vordergrund treten, wobei er in der Wahl seiner Mittel auch nicht gerade zaghaft war. Lenzmann verteidigte die Freiheit der persönlichen Entscheidung gegenüber dem Staat, bekämpfte Uebergriffe der Behörde, wo er sie zu sehen glaubte, war gegen den Schutzzoll und ein überzeugter Fortschrittler, als der er sich selbst stets bezeichnete. Er nützte jede Blöße, die der Gegner ihm bot. Seine Verbündeten waren die liberalen Fabrikanten der Stadt. Seine Fähigkeiten als Volkstribun ließen ihn aber auch großen Einfluß auf die breiten Massen gewinnen. Er hob stets hervor, „daß er ein warmes Herz für den armen Mann habe, daß die Fortschrittspartei die erste gewesen, die sich um den armen Mann gekümmert und versucht habe, seine Lage zu bessern . . .“ (LW 14. 9. 81) und „die entschiedenen liberalen Parteien . . . nur dann eine Zukunft (hätten), wenn sie sich zu Herrn der sozialen Frage machen“ (LW 2. 8. 82). Daneben kennzeichnen Angriffe gegen die „Reaktion“ seine Wahlreden⁹⁰⁾.

Dr. Langerhans ist Gegner von Ausnahmegeetzen aller Art.

Ihr Wähler in Stadt und Land, Arbeiter und Handwerker, Landwirthe und Geschäftsleute, mögt Ihr am 27. Oktober für Lenzmann, Schlieper oder für von Schorlemer gestimmt haben, vereinigt Euch am 10. Dezember

auf den bewährten Volksmann und Vorkämpfer für Freiheit und Recht

Dr. Paul Langerhans in Berlin!

Bueck verweist in seiner Candidatenrede in Lüdenscheid die Arbeiter, wenn ihnen die Tabaksteuer zu hoch wäre, auf den Ausweg, Surrogate (Kirsch- u. Weichselblätter) darunter auch manches „Kohl- und Rübenblatt“ zu rauchen. (Vergleiche den Bericht der Lüdenscheider Zeitung, Beilage zu Nr. 96.)

Dr. Langerhans aber will keine höhere Belastung des Tabaks, keine Vertheuerung des Lichts und des stärkenden Trunks.

Auszug aus einem Wahlaufruf vom 7. 12. 1881 im Lüdenscheider Wochenblatt

Bei den Reichstagswahlen 1877 hatte er sich offen gegen Kreuzt erklärt, der ihm nicht radikal genug war, gleichzeitig aber gesagt, „er werde lieber etwas nach rechts gehen und für Herrn Kreuzt stimmen“ als einen radikaleren Kandidaten der Fortschrittspartei aufstellen, der damals noch keine Aussichten hatte (LW 6. 1. 77). Offensichtlich war er im Grunde seines Herzens auch Republikaner. Unkluge Aeußerungen in dieser Richtung, die er am Bierstisch hatte fallen lassen und seinen Gegnern hinterbracht worden waren, versuchte er dann durch öffentliche Erklärungen in den Zeitungen zu entkräften⁹¹⁾. Auf diese Weise wurde auch bekannt, daß er bei der Stichwahl zur Reichstagswahl 1877 Kontakt zu dem sozialdemokratischen Kandidaten Tölcke aus Iserlohn aufgenommen hatte, um — mit Erfolg — die sozialistischen Wähler für Kreuzt zu gewinnen⁹²⁾. In öffentlicher Rede betonte er immer, „er . . . halte fest an Kaiser und Reich, er halte das monarchische Prinzip hoch und bekämpfe nur . . . das Regierungssystem des Fürsten Bismarck“ (LW 14. 9. 81). Am 21. Oktober 1878 gründete Lenzmann zusammen mit den Fabrikanten Alb. Gerhards, Heinrich Branscheid u. a. den Wahlverein der fortschrittlichen Volkspartei. Dem Vorstand gehörten neben anderen fünf Fabrikanten und vier Arbeiter an⁹³⁾. Für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus 1879 ließ sich Lenzmann neben Schlieper als Kandidat aufstellen⁹⁴⁾. Gewählt wurden Schlieper und vom Heede aus Halver, die beide den Nationalliberalen beitraten, vom Heede dem rechten, Schlieper dem linken Flügel.

Auf dem Höhepunkt des Erfolges

Als Ziele der Fortschrittspartei stellte ihr Führer Eugen Richter aus Hagen bei der

Reichstagswahl 1881 in Dortmund fest: Ablehnung des Versicherungszwanges und des zu starken staatlichen Einflusses in der angekündigten sozialen Gesetzgebung, Herabsetzung der Dienstzeit und der Friedensstärke des Heeres und Aufhebung der Schutzzölle, weil davon die unbemittelten Klassen am meisten getroffen würden (LW 18. 5. 81). Das Sozialistengesetz wurde abgelehnt, weil es das Prinzip der Gleichheit verletzte und weil „eine geistige Bewegung . . . nur durch eine mächtige geistige Gegenströmung zum Stillstand gebracht werden (kann)“ (LW 17. 5. 84). Eine Wahlversammlung mit Eugen Richter in der Schützenhalle zu Lüdenscheid hatte ca. 3000 Zuhörer (LW 19. 10. 81). Bei damals noch voller Unterstützung der Außenpolitik Bismarcks stand der Kampf gegen seine „Reichskanzlerdiktatur“ bei den Fortschrittlern an erster Stelle: „Wir wollen hoffen, daß der Reichskanzler keine größere Attacke auf unsere Freiheit macht“ (LW 9. 4. 81). Angesichts der neuen Politik Bismarcks spalteten sich im August 1880 die Nationalliberalen. Ihr linker Flügel schied aus und bildete die sogen. Sezession⁹⁵⁾. Schlieper

sympathisierte mit der Neugründung, schloß sich ihr aber nicht an⁹⁶⁾. Lenzmann forderte, „der Wahlkreis müsse für den Fortschritt erzogen werden, und wenn Herr Schlieper sich nicht weiter nach links drängen lasse, müsse man ihn . . . bei Seite setzen“ (LW 9. 4. 81). Er ließ sich dann selbst von der Fortschrittspartei für die Reichstagswahlen 1881 aufstellen.

Die Wahlaufrufe in Lüdenscheid lobten seine Fähigkeiten, besonders sein hervorragendes Rednertalent und seine außerordentliche Arbeitskraft. Sie sind unterzeichnet von H. Branscheid, Wilh. Brauckmann, Rich. und Alb. Gerhards, Aug. Noelle, Dr. Kauert u. a. Gegen die drohende Gefahr einigte sich die konservative Gruppe, die aus Overbeck, Turck, Ph. Schwarzhaupt, Dr. Terfloth und den Vertretern der Behörde und Kirche bestand und früher für Overweg gestimmt hatte, auf Schlieper, um das größere Uebel zu vermeiden (LW 22. 10. 81). Die Wahlen ergaben die absolute Mehrheit für Lenzmann im Wahlkreis Altena-Iserlohn. In Lüdenscheid konnte er 70 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen, im Amt 63 Prozent. Nur eine Stimme erhielt Tölcke⁹⁷⁾. Die Wahl zeigt, daß die sozial und liberal denkenden Kreise für Lenzmann und die national und konservativen, die frühere Overwegpartei, fast durchweg für Schlieper gestimmt hatten. Sie zeigt aber auch, wie das Wirken Lenzmanns der sozialistischen Agitation den Boden entzogen hatte.

Lenzmann hatte sich gleichzeitig in Dortmund aufstellen lassen, wo er in der Stichwahl das Mandat erhielt. Das mag der Grund gewesen sein, daß er sich für Dortmund entschied. Die Nachwahl, die in Altena-Iserlohn nötig wurde, gewann der Berliner Arzt Dr. Langerhans mit absoluter

Mehrheit für die Fortschrittspartei⁹⁸⁾. Sein Gegenkandidat Bueck empfahl in seiner Wahlrede in Lüdenscheid den Arbeitern, „wenn ihnen die Tabaksteuer zu hoch wäre . . . Surrogate (Kirsch- und Weichselblätter) darunter auch manches Kohl- und Rübenblatt“ zu rauchen“ (LW 7. 12. 81).

Im Zusammenhang mit dieser Wahl stand wiederum ein Beleidigungsprozeß, den Lenzmann und andere Mitglieder der Fortschrittspartei gegen die Hagener Zeitung „Westf. Post“ anstrebten, auch wieder mit deutlichem politischen Hintergrund. Die Hagener Zeitung hatte am 5. Nov. 1881 aus Lüdenscheid unter der Ueberschrift „Amerikanische Zustände“ folgendes berichtet: „Von einer Wahlreise mit dem letzten Zuge zurückkehrend, passierten neulich vier Herren, J. L., R. Gr., H. B. und A. G., die an der Turckschen Besetzung vorbeiführende Bahnhofstraße . . . sobald sie des, die . . . Besetzung einschließenden Drahtzauns ansichtig wurden, begannen sie, nachdem vorher Herr J. L. in feierlicher Rede sein Todesurteil verkündet, denselben zu demolieren. Ein zufällig des Weges kommender Schmiedegeselle, der an dem Zaun gear-

beitet, erlaubte sich, diese Herren, welche sonst so viel Bildung besitzen wollen, darauf aufmerksam zu machen, daß diese Art „Volksfreiheit“ doch wohl nicht angebracht sei. Statt des Dankes erhielt er eine gehörige Tracht Prügel. Doch jetzt kam die Sache anders. Kaum hatte der Mann sich seiner Angreifer entwunden, als er einen Revolver aus der Tasche holte und auf die vier Herren Feuer gab. Obgleich selbige so rasch wie möglich Reißaus nahmen, hatte doch eine Kugel R. Gr. in den Fuß getroffen, so daß derselbe fernere Kunstreisen nicht hat mitmachen können . . .“. Die Herren waren J. Lenzmann, Rob. Groß, H. Branscheid und Alb. Gerhards. Der Prozeß vor dem Landgericht in Hagen, der noch in die Berufung ging, ergab, daß ihre Täterschaft nicht bewiesen werden konnte. Turck berief sich auf die Aussage eines zweifelhaften Zeugen, bestritt zwar, den Artikel selbst geschrieben zu haben, gab aber zu, den Verfasser zu kennen⁹⁹⁾. Es blieb der zerstörte Zaun und die Verurteilung des Hagener Redakteurs wegen grober Beleidigung zu einer Geldstrafe von 500 Mark und Veröffentlichung des Urteils.

Im Herbst klagte Aug. Noelle gegen Bürgermeister Selbach, der ihm eine Geldstrafe von 3 Mark auferlegt hatte, weil er als Brandoffizier nicht zu einer Spritzenprobe ge-

⁹⁰⁾ LW 14. 5. und 10. 9. 1879.

⁹¹⁾ LW 21. 9. 1881.

⁹²⁾ LW 24. 7. 1878.

⁹³⁾ StA Lüd. 5607.

⁹⁴⁾ LW 10. 9. 1879.

⁹⁵⁾ vgl. Matthes, S. 133 ff.

⁹⁶⁾ LW 26. 8. 1882; LZ 23. 8. 1882

⁹⁷⁾ LW 2. 11. 1881.

⁹⁸⁾ LW 14. 12. 1881.

⁹⁹⁾ LW 9. 11. 1881 u. 19. 9. 1883.

kommen war. Sein Einspruch wurde erst in der Berufungsverhandlung in Hagen anerkannt. Sein Verteidiger war Lenzmann. Im Grunde ging es auch hier um eine politische Frage: War die Stadt berechtigt, dem Lüdenscheider Wochenblatt „wegen der ‚regierungsfeindlichen‘ Haltung desselben“ die amtlichen Anzeigen zu entziehen (LW 4. 1. 82) und nur der Lüdenscheider Zeitung zukommen zu lassen? Noelle klagte, „um prinzipielle Entscheidung herbeizuführen“ (LW 30. 9. 82).

In den Beginn des Wahlkampfes für die Reichstagswahlen 1884 fiel die Vereinigung der Sezessionisten mit der Fortschrittspartei zur „Deutschen Freisinnigen Partei“, sehr bald unter der Führung Eugen Richters¹⁰⁶). Der fortschrittliche Wahlverein beschloß gegen Lenzmann seinen Beitritt, wünschte aber bezeichnenderweise die Beibehaltung des Namens „Fortschrittspartei“ (LW 15. 3. 84). Bei den Reichstagswahlen einigten sich die Gegner der „entschieden liberalen Partei“ — diese Bezeichnung wird eigentlich am häufigsten gebraucht — auf den Fabrikanten Colman aus Werdohl, der als Einheimischer versprach, Stimmen auf sich zu ziehen. Zwar konnte bei den Wahlen im Oktober 1884 der bisherige fortschrittliche Kandidat Dr. Langerhans in Lüdenscheid selbst fast dreimal so viel Stimmen auf sich vereinigen wie Colman, aber im ganzen Wahlkreis siegte er erst in den Stichwahlen, offensichtlich mit den Stimmen des Zentrums¹⁰⁷) und der Sozialdemokraten. Ihr Parteiführer Bebel hatte in Lüdenscheid 15 Stimmen, im Kreis Altena 150, im ganzen Wahlkreis 1055 gewonnen¹⁰⁸). Lenzmann war in Dortmund wiedergewählt worden¹⁰⁹). Wiederum folgte ein Beleidigungsprozeß. Die „entschieden Liberalen“ hatten im Lüdenscheider Wochenblatt einen Aufruf gegen Colman erscheinen lassen, in dem es hieß: „... von wem er (Colman) ... empfohlen wird, das sind die bekannten Konservativen, die Geheimen- und sonstigen Kommerzienräthe, die Landräthe, Amtmänner und Rittergutsbesitzer, die das Wohl und die Freiheit des Volkes nur im Munde, ihr eigenes Interesse aber überall im Auge haben. Das sind die Herren, die ... jeder Regierung durch dick und dünn zu folgen bereit sind, weil sie Orden, Titel, Ehren und materielle Vortheile gewähren kann“ (LW 25. 10. 84). Lenzmann war der Verfasser; unterschrieben war der Aufruf von der ganzen fortschrittlichen Elite Lüdenscheids: H. Branscheid, Rich. und Alb. Gerhardt, Dr. Boecker, Lenzmann, Fritz und Rob. Kugel, W. Brauckmann u. a., die nun von den Amtmännern des Kreises, an der Spitze Opderbeck, wegen Beleidigung angeklagt wurden. Die Klage wurde abgewiesen: zwar seien die Ausführungen beleidigend, aber den Angeklagten habe das Bewußtsein dafür gefehlt, zumal Opderbeck in seinen Wahlaufufen „auch nicht wählerisch im Ausdruck gewesen“ sei (LW 22. 8. 85).

Der Rückgang der Freisinnigen Partei und die Entwicklung der Sozialdemokratie

Dem Jahr 1878 vergleichbar, bildet auch 1884 wieder einen Einschnitt im politischen Leben Lüdenscheids.

Der Zusammenschluß von Sezession und Fortschrittspartei und die damit deutlich werdende Kompromißbereitschaft ursprünglich nationalliberalen Parteigängern gegenüber war Lenzmanns radikalliberaler Haltung zuwider. Auch konnte die Vereinigung mit einer gemäßigteren bürgerlichen Gruppe die Fortschrittler ihren Einfluß auf die Arbeiterschaft verlieren lassen. Auf der Generalversammlung des Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei im Januar 1885 trat er daher für die links von den Freisinnigen stehende „Demokratische Partei“ ein, die allerdings auf wenige Mitglieder beschränkt blieb, und griff die neue Freisinnige Partei an, dem „Herrn Aug. Noelle mit Ruhe und Geschick unter dem Beifall der Versammlung entgegenzutreten, die offenbar nicht geneigt war, auf die Ansichten und Darstellungen des Herrn ... Lenzmann ein-

zugehen“ (LW 6. 1. 85). Lenzmann stand für den Augenblick allein, wenn auch unter dem ständigen Druck der Feindschaft Bismarcks sich die neue Partei bald radikalisierte und den Anschauungen Lenzmanns wieder mehr entsprach¹¹⁰). Zu innerer Einheit konnte die neue Partei allerdings nicht finden¹¹¹).

In diese Jahre fielen die Anfänge der Kolonialpolitik Bismarcks, die die Freisinnigen sehr bald als unwirtschaftlich und nur die deutschen Finanzen belastendes Unternehmen ablehnten¹¹²). Aber wie bisher jeder außenpolitische Erfolg, weckte auch der Erwerb der ersten Kolonien die „allgemeine Begeisterung“ in Lüdenscheid (LW 28. 1. 85). Die Spende zu Bismarcks 70. Geburtstag, zu der die konservative Gruppe unter Führung von Kommerzienrat Turck aufgerufen hatte, ergab schon bis Mitte Februar 1885 fast 3000 Mark¹¹³). Trotzdem verstand es Lenzmann im Bündnis mit Aug. Noelle durch Obstruktion, die Absendung eines Glückwunschtelegrams der Stadtverordneten zu verhindern (LW 2. 4. 85). Das Dilemma, in dem sich die Liberalen in Lüdenscheid befanden, zeigt der Leitartikel des Lüdenscheider Wochenblatts vom 31. März 1885: „Von keiner Seite wird bestritten, daß Fürst Bismarck ein Meister in der Staatskunst ... daß sein ganzes Dichten und Trachten auf Deutschlands Größe, Sicherheit und Wohlfahrt gerichtet ist ... Aber ... an großartige Erfolge gewöhnt, schmettert er ohne Erbarmen jeden seiner Gegner nieder. Doch Fürst Bismarck wäre nicht der Mann, der er ist, wenn ihm nicht stets ein unbeugsamer Wille zur Seite gestanden hätte, und die deutsche Nation wäre nicht auf eine so hohe Stufe der Einheit und Macht erhoben worden, wenn er sich jemals durch Schwierigkeiten hätte abschrecken lassen.“

Gleichzeitig verstärkten sich die sozialistischen Tendenzen in der Arbeiterschaft, hervorgerufen durch die Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage. Die Schutzzölle schädigten zunehmend die exportintensive Industrie Lüdenscheids, da die anderen Staaten Gegenmaßnahmen ergriffen¹¹⁴). Eine Ausnahme von der gedrückten Lage der Industrie in der Mitte der 80er Jahre war zeitweilig nur die Knopfindustrie, die Ende 1885 und in der ersten Hälfte 1886 so sehr beschäftigt war, daß Arbeitermangel herrschte und höhere Löhne gezahlt wurden¹¹⁵). Dann aber trat ein derartiger Rückschlag ein, daß „mehrere Fabriken gezwungen waren, die Arbeitszeit auf 3 bis 4 Tage in der Woche zu beschränken und einem Theile der Arbeiter zu kündigen“¹¹⁶). Die Situation änderte sich auch in den nächsten Jahren nicht¹¹⁷). Bis 1890 verringerte sich die Zahl der Arbeiter in der Knopfindustrie um mehr als 60 Prozent, und auch der Rest arbeitete nicht voll. Entsprechend sank der Verdienst¹¹⁸). Das traf besonders hart die 4000 Neubürger, die seit 1880 in die Stadt gekommen waren (s. o. S. 4), die „umso mehr in der hiesigen Knopfindustrie leichten und besseren Verdienst zu finden (hofften), als hier Weib und Kind dazu beitragen konnten einen Wochenlohn zu erzielen, der meist das Doppelte des früheren Erwerbes betrug“¹¹⁹). Durch die Folge von plötzlicher Blüte und schnellem Niedergang erlitt „das in vielen älteren Fabriken bestehende gute, gewissermaßen patriarchalische Verhältniß zwischen Fabrikant und Arbeiter einen schweren Stoß ...“¹²⁰). Der wirtschaftliche Rückgang „rief ... Mißmuth und Unzufriedenheit hervor, und so war es der auf einer solchen Stimmung basirenden Sozialdemokratie leicht, hier einen Umfang zu gewinnen, wie man ihn noch vor wenigen Jahren für absolut unmöglich erachtet haben würde“¹²¹). Die radikalen Liberalen verloren ihre bisherigen Anhänger aus der Arbeiterschaft zunehmend an die Sozialdemokratie. Ihre Prinzipien einer liberalistischen Staats- und Wirtschaftsordnung fingen an, ihre Anziehungskraft auf die Arbeiter zu verlieren¹²²). Allerdings war dies nicht nur die Folge der örtlichen Verhältnisse. Im Reichs-

tag hatten die ehemaligen Sezessionisten in der Freisinnigen Partei 1884 für die Verlängerung des Sozialistengesetzes gestimmt, während die ehemaligen Fortschrittler, ihren Grundsätzen treu, für dessen Aufhebung eintraten. Eugen Richter wagte es nicht, die unbotmäßige Gruppe zur Rechenschaft zu ziehen, um den Bestand der jungen Partei nicht zu gefährden¹²³). Draußen im Lande aber faßten die Arbeiter das als Verrat der liberalen Ideen auf.

Lenzmann konnte bei den Stadtverordnetenwahlen im November 1886 noch fast sämtliche abgegebenen Stimmen der 3. Klasse auf sich vereinigen und seinen Parteifreunden ebenfalls zum Siege verhelfen (LW 30. 11. 86), aber bei den Landtagswahlen im Herbst 1885 errangen die Nationalliberalen zum ersten Male in der Stadt Lüdenscheid einen Sieg, der sich 1888 wiederholte¹²⁴). Ähnliche Tendenzen zeigten auch die Reichstagswahlen 1887.

Bismarck hatte den Reichstag Mitte Januar aufgelöst, weil er einem erneuten Septennat nicht zugestimmt hatte¹²⁵). Der Zeitpunkt war nicht ungünstig gewählt. Bei der angespannten außenpolitischen Lage, die durch den Gegensatz zwischen Oesterreich und Rußland, der sich seit 1885 auf dem Balkan erneut zeigte, und durch Revanchebestrebungen in Frankreich gekennzeichnet war, führten die regierungstreuen Parteien den Wahlkampf hauptsächlich mit der drohenden Kriegsgefahr, für die es gelte, dem Staat eine starke Armee zur Verfügung zu stellen (LW 5. 2. 87). Wie stets, kam dieser Appell an das Nationalgefühl diesen Parteien zugute. Die Nationalliberalen, denen sich die gemäßigt Liberalen anschlossen, siegten diesmal im ganzen Wahlkreis mit Dr. Reinhold aus Barmen. In Lüdenscheid erhielten sie 34 Prozent der abgegebenen Stimmen (LW 24. 2. 87), mehr als je zuvor. Jedoch sank ihr Stimmenanteil bei den Nachwahlen 1888, bei denen Langerhans in Lüdenscheid 48 Prozent der Stimmen gewinnen konnte (LW 1. 5. 88), aber erst in den Stichwahlen seinen nationalliberalen Gegner Herbers aus Iserlohn übertraf (LW 17. 5. 88), wieder auf 23 Prozent (LW 1. 5. 88) und blieb auch bei den Reichstagswahlen 1890 (LW 22. 2. 90) und 1893 (LW 16. 6. 93) ungefähr in dieser Höhe (21 bzw. 24 Prozent), die dem langjährigen Mittel der gemäßigt liberalen Stimmen seit 1874 völlig entsprach. Aber die absolute Zunahme ihrer Stimmen von 234 im Jahr 1874 auf 803 im Jahr 1893 zeigt, daß ein Teil der bürgerlichen, wirtschaftlich führenden Kreise der Stadt von den Freisinnigen zu den Nationalliberalen abwanderte. Hierzu trug sicherlich bei, daß Lenzmann sich 1887 noch stärker an die Arbeiter wandte, die er mit klaskämpferischen Reden zu gewinnen suchte (LW 3. 2. 87). Wie weit die Kluft zwischen Regierungstreuen und Oppositionellen war, zeigt ein Leserbrief in der Lüdenscheider Zeitung, in dem es heißt: „... die nationalliberale Partei (wird) mutig den Hüllenhund; ‚Freisinn — Ultramontanismus — Sozialdemokratie‘ ... bekämpfen, ... der wichtigste Streich aber gilt ... dem Freisinn, der Mutter und Amme der Sozialdemokratie“ (LW 5. 5. 88).

¹⁰⁶) Gebhardt II, S. 455 u. LW 8. 3. 1884.

¹⁰⁷) LZ 12. 11. 1884.

¹⁰⁸) LW 1. 11. 1884.

¹⁰⁹) Strodel, S. 10.

¹¹⁰) Röttger, S. 54 f.

¹¹¹) vgl. Matthes, S. 185 ff.

¹¹²) Röttger, S. 64; vgl. Matthes, S. 201.

¹¹³) LW 20. 1. u. 17. 2. 1885.

¹¹⁴) HK 1884, S. 3 u. 7.

¹¹⁵) HK 1884, S. 14 u. 1885, S. 15.

¹¹⁶) Verw.-Bericht 1881—86, S. 3.

¹¹⁷) Verw.-Bericht 1890/91, S. 3.

¹¹⁸) HK 1890, S. 17.

¹¹⁹) HK 1886, S. 13.

¹²⁰) HK 1885, S. 15; s. auch LW 18. 11. 1886.

¹²¹) HK 1887, S. 13; vgl. auch HK 1888, S. 16.

¹²²) vgl. Matthes, S. 191.

¹²³) Röttger, S. 58 ff.

¹²⁴) LW 31. 10. 1885 u. 1. 11. 1888.

¹²⁵) vgl. Bußmann, S. 230 ff.

Als Lenzmann auch 1888 wieder für den freisinnigen Kandidaten Langerhans eintrat, schloß ihn die kleine Demokratische Partei aus¹²⁶⁾.

Daß die Nationalliberalen in stärkerem Maße in Lüdenscheid Fuß gefaßt hatten, zeigte sich in der Gründung des national-liberalen Wahlvereins am 19. Sept. 1888¹²⁷⁾ unter dem Vorsitz von Fabrikant Heinrich Noelle. Das Mitgliederverzeichnis bestätigt, wie sehr Lenzmann recht hatte, als er zur Wahl 1887 erklärte, „daß viele frühere Parteigenossen . . . abgefallen seien . . .“¹²⁸⁾. Heinrich Noelle selbst hatte nach Lenzmann noch 1884 gesagt: „Wir Fabrikanten müssen uns der Fortschrittspartei anschließen, wenn unsere Arbeiter nicht Sozial-Demokraten werden sollen“ (LW 12. 5. 88). Der neu gegründete Wahlverein unterschied sich bewußt von dem gemäßigt liberalen Wahlverein¹²⁹⁾, der schon seit längerer Zeit bestand und von dessen konservativer Richtung her man sogar auf die Existenz einer konservativen Partei nur in Lüdenscheid schloß (LW 19. 4. 88). In den Wahlen gingen beide Vereine zusammen.

Vergebliche Hoffnungen

Der zweifache Thronwechsel im Jahr 1888 überschattete das innenpolitische Geschehen völlig. Schon 1887 hatte Lenzmann in einer Rede in Dortmund große Hoffnungen an den vorauszu sehenden Thronwechsel geknüpft. Die liberalen Neigungen des Kronprinzen Friedrich waren bekannt; unter ihm als Kaiser würden „die jetzigen absolutistischen Bahnen“ Bismarcks sich ändern (LW 5. 2. 87). So versuchten auch die Freisinnigen bei den Nachwahlen in Lüdenscheid, die gerade in die 99 Tage der Regierung Kaiser Friedrichs fielen, den Kaiser gegen Bismarck auszuspielen (LW 15. 8. 88). Um so schwerer traf sie der Tod des Kaisers, der „die vollständige Vernichtung . . . (ihrer) Hoffnungen“ bedeutete (LW 25. 9. 88). Man hat nicht umsonst das Jahr 1888 als die Tragödie des deutschen Liberalismus bezeichnet. Bismarck blieb im Amt. Die Reichstagswahlen von 1890, die den Freisinnigen im ganzen durch die Verteuerung infolge der steigenden Getreidepreise wieder Erfolge brachte¹³⁰⁾, führte in Lüdenscheid zu einem absoluten wie relativen Absinken ihrer Stimmen von 48 Prozent (1888) auf 40 Prozent. Erst in der Stichwahl konnte Langerhans den Reichstagsitz eringen. Jubelnd begrüßten die Freisinnigen die Entlassung Bismarcks (LW 22. 3. 90). Die „Freisinnige Zeitung“ in Berlin schrieb am 21. März 1890: „Gott sei Dank, daß er fort ist! . . . Es wäre ein Segen für das Reich gewesen, wenn er schon früher beseitigt worden wäre“¹³¹⁾. In den Jahren des Kampfes gegen Bismarck völlig in der Negation erstarrt, zeigte sich jedoch die Freisinnige Partei der Versöhnungspolitik des neuen Reichskanzlers Caprivi nicht zugänglich; als dieser von der Schutzzollpolitik abließ, verlor sie ihre letzte zugkräftige Parole¹³²⁾. Im Jahr 1893, als die Freisinnige Partei an ihren inneren Gegensätzen zerbrach (vgl. S. 7), sank ihr Anteil in Lüdenscheid auf 36 Prozent der abgegebenen Stimmen (LW 16. 6. 93). Lenzmann, der dieses Mal in Altena-Iserlohn kandidierte, konnte erst in den Stichwahlen das Mandat erreichen (LW 26. 6. 93).

Vergebliche Mühen

Anfang des Jahres, in dem Bismarck entlassen wurde, verlor auch das Lüdenscheider politische Leben zwei Persönlichkeiten von Rang: Heinrich Noelle, den Vorsitzenden des nationalliberalen Wahlvereins, und seinen Schwager, Kommerzienrat Turck, den maßgeblichen Vertreter der gemäßigt liberalen und konservativen Kreise der Stadt. Ihr Leben hatte die politische Entwicklung Lüdenscheids widerspiegelt. Während H. Noelle, der zusammen mit seinem Vetter Aug. Noelle stets die entschieden fortschrittliche Linie vertreten hatte, sich im Wechsel der Zeiten von ihm trennte und zu den Nationalliberalen fand, hatte W. Turck bis

zu seinem Tode gemäßigt liberale, konservative Anschauungen vertreten, die ihn schon 1863 von den übrigen Liberalen des Nationalvereins weggeführt hatten¹³³⁾. Die neue sozialistische Bewegung war ihnen in tiefster Seele fremd. Sie hielten es für ihre Pflicht, alles an ihre Bekämpfung zu setzen. Da war der Weg, den Lenzmann mit Unterstützung Aug. Noelles einschlug, doch sinnvoller. In den Wahlkämpfen der Jahre 1887 bis 1890 lehnte er die Ideologie der Sozialisten zwar scharf ab — und seine Streitgespräche mit ihnen zeigen, daß er sich sehr damit vertraut gemacht hatte und ihnen gewachsen war (LW 18. 11. 90) —, aber er bekämpfte das Sozialistengesetz, weil es das Volk in Klassen spaltete und gegen das Prinzip der Freiheit verstieß (LW 21. 4. 88), er trat für die unteren Bevölkerungsschichten gegen jede Gesetzgebung in Stadt und Land ein, die zu ihren Lasten ging — seien es Mängel in der Trinkwasserversorgung, Schutzzölle oder Militärausgaben —, er warnte „die Arbeitgeber vor einer Schwenkung nach rechts, da die Arbeiter diese Schwenkung nicht mitmachen, sondern dann einen eigenen Kandidaten, nämlich einen Sozialdemokraten aufstellen würden“ (LW 3. 2. 87), und bot selbst ein Beispiel, indem er bei den Wahlen — sicherlich auch aus taktischen Gründen — mehrfach betonte, er würde bei einer Stichwahl zwischen einem Nationalliberalen und einem Sozialdemokraten den letzteren wählen¹³⁴⁾. Die Arbeiter aber warnte er vor der Sozialdemokratie, denn sie „will, daß Ihr Proletarier seid und bleibt . . .“¹³⁵⁾.

Sein Kampf blieb vergeblich. Schon die lokale, freisinnige Zeitung „Reform“, die ab 1888 durch ihre Angriffe gegen national-liberale bzw. gemäßigt liberale Fabrikanten der Stadt Aufsehen erregte¹³⁶⁾, unterstützte im Grunde die sozialistischen Ideen. Von dem Tiefstand der Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen 1881 (1 Stimme in Stadt Lüdenscheid = 0,06 Prozent der abgegebenen Stimmen) stieg ihr Anteil 1884 auf 0,9 Prozent, 1887 auf 7,5 Prozent, 1888 auf 26 Prozent, erreichte 1890 mit 35 Prozent fast die Stimmenzahl der Freisinnigen und übertraf sie 1893 mit 39 Prozent der abgegebenen Stimmen, während der Anteil der Freisinnigen in fast gleichem Maße sank. Dabei hatte das Sozialistengesetz seit 1878 die politische Tätigkeit der Sozialdemokraten entscheidend gehemmt. Gefolgschaft fanden sie besonders unter den jungen Arbeitern. Hier war es Franz Iserloh, der schon 1884 im Alter von 19 Jahren einen „Lese-Verein“ gegründet hatte und mit freidenkerischen Veranstaltungen an die Öffentlichkeit trat¹³⁷⁾. An den Wahlversammlungen der anderen Parteien beteiligte er sich als Diskussionsredner. 1889 gründete er einen „Verein für volkstümliche Wahlen“, der jedoch bald verboten wurde (LW 14. 5. 89). Nach dem Erlöschen des Sozialistengesetzes am 30. Sept. 1890 entstand der sozialdemokratische Wahlverein¹³⁸⁾, der dann 1892 erfolglos versuchte, F. Iserloh in die Stadtvertretung zu wählen (LW 9. 11. 92). 1906 wählte der Wahlkreis zum ersten Male einen Sozialdemokraten in den Reichstag¹³⁹⁾.

Rückblick

Die bedeutendste politische Persönlichkeit Lüdenscheids in den zwei Jahrzehnten nach der Reichsgründung war ohne Zweifel Rechtsanwalt Julius Lenzmann. Er erkannte wie kaum ein Liberaler, daß es bei der großen wirtschaftlichen und sozialen Umwälzung, die in Lüdenscheid zwischen 1875 und 1890 stattfand, die Aufgabe des Bürgertums war, die soziale Frage gegen die Ideologie der Sozialdemokratie zu lösen und im Rahmen des Gesamtstaates eine größere Demokratisierung der Regierungsformen zu erreichen, wenn die bürgerlichen Schichten weiterhin ihren politischen Einfluß behalten wollten. Ihm ist es zuzuschreiben, daß die Sozialdemokratie erst spät in Lüdenscheid Fuß fassen konnte. Aber die große Zeit der liberalen Ideen war vorüber; den radika-

len sozialistischen Forderungen waren sie nicht gewachsen. Was die Linksliberalen an Stimmen verloren, gewann die Sozialdemokratie. Zu lange auch hatte Bismarcks rücksichtsloser Kampf gegen alle fortschrittlich-freisinnigen Bestrebungen die radikalen Liberalen in eine unfruchtbare Negation gedrängt, aus der sie sich dann nach Bismarcks Sturz nicht mehr lösen konnten. Es gehört zur Tragik des großen Staatsmannes Bismarck, daß er im Kulturkampf mit Unterstützung der Liberalen den katholischen Bevölkerungsteil dem Staat entfremdete und dann diese Liberalen selbst in die Kritik an diesem Staat drängte.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen:

- „Lüdenscheider Wochenblatt“ Jg. 1872, 1873, 1875—90, 1892, 1893 (der Jg. 1874 ist nicht mehr erhalten) zitiert: LW (mit Datum).
- „Lüdenscheider Zeitung“ Jg. 1874, 1876, 1878, 1882, zitiert: LZ (mit Datum).
- Berichte über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Lüdenscheid für die Jahre 1874—80 (Lüd. 1882), 1881—86 (Lüd. 1891), 1887/88 (Lüd. 1889), 1888/89 (Lüd. 1890), 1890/91 (Lüd. 1892), zitiert: Verw.-Bericht (mit Jahreszahl).
- Jahresberichte der Handelskammer zu Lüdenscheid für 1873—1890, zitiert: HK (mit Jahrgang).
- „Zur einhundertjährigen Jubelfeier des Fabrikgeschäftes von P. C. Turck Wwe. am 7. Nov. 1891“ (von Jul. Turck sen.), zitiert: Festschrift P. C. Turck.
- Archiv der Evgl. Kirchengemeinde Lüdenscheid (zit.: Evgl. KG Lüd.); Trauregister für 1874.
- Archiv der Kath. Kirchengemeinde zu Lüdenscheid; Protokollbuch für den Kirchenvorstand der kath. Kirchengemeinde zu Lüdenscheid für 1876. Beschlagnahmeverhandlung v. 30. 5. 1875.
- Stadtarchiv Lüdenscheid (zitiert: StA Lüd.):
- 5400: Acta spec. betr. Das Kaiser-Wilhelm-Denkmal zu Lüdenscheid.
- 5607: Akten betr. den Wahlverein der fortschrittlichen Volkspartei 1878—1911.
- 5607: Akten betr. den nationalliberalen-Wahlverein 1888—1903.
- Rathaus Lüdenscheid: Sitzungsprotokolle der Stadtvertretung für 1946.

Literatur:

- W. Bußmann: Das Zeitalter Bismarcks. Handbuch der Deutschen Geschichte, Bd. 3, 2. Teil. Konstanz 1956 (zitiert: Bußmann).
- Aug. Dinkloh: Katholische Kirchen- und Schulgeschichte von Lüdenscheid, Lüdenscheid 1921 (zitiert: Kath. KG).
- B. Gebhardt: Handbuch der Deutschen Geschichte II. Stuttgart/Berlin/Leipzig 1931 (zitiert: Gebhardt II).
- W. Hostert: Die Entwicklung der Lüdenscheider Industrie vornehmlich im 19. Jahrhundert. Diss. Münster 1960 (zitiert: Hostert).
- F. Lütge: Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Berlin 1960 (zitiert: Lütge).
- H. E. Matthes: Die Spaltung der Nationalliberalen Partei und die Entwicklung des Linksliberalismus bis zur Auflösung der Deutsch-Freisinnigen Partei 1878—1893. Diss. Kiel 1953 (zitiert: Matthes).
- W. Mommsen: Bismarck. München 1959.
- W. Mommsen: Bismarcks Sturz und die Parteien. Berlin und Leipzig 1924.
- „Der Reidemeister“. Geschichtsblätter für Lüdenscheid Stadt und Land. Nr. 15 v. 9. 11. 1960 u. Nr. 20 v. 14. 11. 1961.
- H. Röttger: Bismarck und Eugen Richter im Reichstag 1879—90. Diss. Münster 1932 (zitiert: Röttger).
- H. Strodel: Chronik der Stadt Lüdenscheid. Lüdenscheid 1929 (zitiert: Strodel).

¹²⁶⁾ LW 29. 3. u. 10. 4. 1888.

¹²⁷⁾ StA Lüd. 5607; LW 20. 9. 1888.

¹²⁸⁾ LW 3. 2. 1887; StA Lüd. 5607.

¹²⁹⁾ LZ 20. 9. 1888; LW 27. 10. 1888.

¹³⁰⁾ Matthes, S. 242.

¹³¹⁾ Mommsen, Bismarcks Sturz u. die Parteien, S. 186.

¹³²⁾ Matthes, S. 341.

¹³³⁾ s. „Der Reidemeister“ Nr. 15, S. 7 f.

¹³⁴⁾ LW 12. 5. 1888 u. 12. 11. 1889.

¹³⁵⁾ LW 15. 2. 1890; Wahlauftrag der Freisinnigen.

¹³⁶⁾ s. LW 16. 2. u. 20. 12. 1888. Der Fabrikarbeiter Carl Baumeister, der „Schreiber“ dieser Zeitung, war Mitglied des fortschrittlichen Wahlvereins (s. Unterschriften unter dem Wahlauftrag in LW 12. 1. 1887). Vgl. auch Strodel, S. 10.

¹³⁷⁾ Strodel, S. 10; LW 13. 11. 1888; betr. Altersangabe s. LW 13. 12. 1887.

¹³⁸⁾ Strodel, S. 10.

¹³⁹⁾ Strodel, S. 12.